

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Partei
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / K.

Wahl-
Kommunisten-
Liste

5
f Ostachsen
rauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, incl. Post 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (Halbmonatlich 1,10 M.)
Verlag: Dresden-Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-2 / Reichstraße 14 Gewerkschaftsgebäude
Druck: Dresden-2 / Reichstraße 14 Gewerkschaftsgebäude
Schiffahrt: Dresden-2 / Oberbahnstraße 2 / Fernpost: Amt Dresden Nr. 17230 / Drahtfunk: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr außer Dienstag u. Donnerstags

4. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 9. Mai 1928 Nummer 108

Alle Kraft gegen die Schlichtungsdiktatur Fortsetzung des Kampfes

Leipzig, 8. Mai. (Eigene Drahtmeldung)
Trotz aller reformistischen Versuche, den Arbeitern den Schiedsrichterspruch durch Umstimmung des Schiedsrichters mit 91 Prozent Mehrheit abgelehnt. Unter wüster Hebe gegen die Kommunisten schreibt die Leipziger Volkszeitung, daß im Falle der Verbindlichkeitsklärung die Gewerkschaften die Friedenspflicht einhalten müßten. Unter ständlich wachsender Empörung verlangen die streikenden Metallarbeiter die Fortsetzung des Kampfes unter Einziehung aller Machtmittel gegen die Schlichtungsdiktatur. Eine DMB-Verammlung des wichtigsten Bezirks faßte heute einstimmig eine Resolution, in der es heißt:

- „Die Verammlung fordert vom DMB:
1. den gefällten Schiedsrichterspruch auch über die evtl. Verbindlichkeitsklärung hinaus abzulehnen und den Kampf weiterzuführen,
 2. festzuhalten an den gestellten Forderungen einschließlich der Forderung des bis zum endgültigen Erfolg,
 3. die Vertreter der KPD und SPD aufzufordern, für die ausgesparten Metallarbeiter Mittel der öffentlichen Fürsorge zu bewilligen.“
- Wehnliche Beschlüsse wurden in mehreren anderen Bezirksverammlungen gefaßt. In den übrigen Bezirksverammlungen verhinderte die Bureaukratie die Abstimmung über ähnlich lautende Resolutionen.

Fest entschlossen, das Schlichtungsdiktat zu zerbrechen

Chemnitz, 8. Mai. (Eigene Drahtmeldung)
Die Schiedsrichtersprüche sind von den streikenden Metallarbeitern in allen Betrieben einstimmig abgelehnt worden. Der Entschluß der Kampf auch gegen die Verbindlichkeitsklärung, gewinnt bei der übergrößen Arbeitermasse Boden. Vor allem sind es die größten und entscheidendsten Metallbetriebe in der Stadt und im Bezirk Chemnitz, wo kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter fest entschlossen sind, den Kampf zur Durchbrechung des Schlichtungsdiktats bis zum vollen Siege fortzusetzen. Der Kampfwillie der Arbeiterklasse ist so stark, daß die sozialdemokratische Betriebskommission gar nicht mehr wagt, sich Forderungen aufzusetzen, sondern nur erklärt, wenn die Kommunisten den Kampf trotz der Verbindlichkeitsklärung fortsetzen wollen, so seien sie nicht dagegen unternommen, aber die Kommunisten müßten dann auch die Verantwortung tragen.

Kommunistenhebe zur Zerklagung der Kampffront

Den Metallarbeitern droht in diesem 5 wöchigen Kampf die zweite Verbindlichkeitsklärung. In unerhöhtester Weise haben die DMB-Führer die Forderungen der Metallarbeiter zum Wandlungsstadium im Stich gelassen, indem sie den Kampf hieran hinderten und auf die Verbindlichkeitsklärung warteten. Dadurch sind die entscheidenden Forderungen zur Arbeitszeit, Rentenfrage und zur Entlohnungsprozenttabelle vollkommen nichtig gemacht worden.

Trotz der einmütigen Ablehnung der Schiedsrichtersprüche der Betriebe der schärfsten Metallindustriellen und des Arbeitgeberverbandes, sowie des Leipziger Tarifgebietes durch die Metallarbeiter ganz Sachsens, unternommen die DMB-Führer nichts was die Forderungen der Metallarbeiter trotz der zu erwartenden zweiten Verbindlichkeitsklärung zum Siege führen könnte.
Im Gegenteil, die DMB-Führer lehnen brüsk ab, den Kampf fortzusetzen. In Verammlung und Presse schüren sie eine intime Kommunistenhebe, um die Kampffront der Metallarbeiter zu zerklagen. Sie scheuen, wie die Dresdner Volkszeitung von gestern erneut zeigt, vor keiner Verleumdung der Kollegen jener Betriebe zurück, die sich bereit erklärt haben, den Kampf trotz Verbindlichkeitsklärung weiterzuführen. Sie scheuen selbst da die Hebe nicht, wo sie sich, wie beim Sachienwerk, gegen sozialdemokratische Kollegen mit richten muß. Diese Hebe, die bereits systematisch in der vorgelegten Funktionärsvorstellung der Metallarbeiter betrieben wurde, geht gestern die Leipziger Volkszeitung fort. Mit welchen Mitteln die Funktionäre dabei vorgehen, zeigt die Dresdner Volkszeitung durch die Fortsetzung der fraktionellen Hebe der SPD-Funktionäre des DMB. Die Dresdner Volkszeitung schreibt: „Wenn sich die Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes nicht ernst bemüht hätte, Ruhe und Ordnung zu schaffen, so hätten diese Herrschaften die sich einbilden, Führer zu sein, recht bald erfahren können, wie sie von ihren Kollegen im Betrieb beschäftigten Kollegen an die Luft bespottet worden wären. Man könnte es in der Tat verstehen,

wenn der Rangamt der Arbeiterklasse bricht und sie diesen Hebeln ernsthaft Widerstand leistet.“
Diese Ausführungen zeigen den Plan der DMB-Führer, sie wollen durch Kaufereien die Front zerklagen. Natürlich sollen dann die oppositionellen Gewerkschaftler die Hebe sein. Tatsächlich war es auch nur der Ruhe und Besonnenheit der oppositionellen Führer, insbesondere dem Genossen Zeiler von S. u. A. zu verdanken, wenn der von der SPD fraktionell vorbereitete Kampf nicht einleitet. Die Metallarbeiter müssen den DMB-Führern zum Trotz alle Sabotageversuche entschieden zurück schlagen. Es gilt jetzt, alle Kräfte zur Fortsetzung des Kampfes gegen die schändlichen Schiedsrichtersprüche zu sammeln.

Die Arbeiter weisen die Kommunistenhebe zurück

Friedrich-August-Hütte Freiberg
In der gestrigen Funktionärsvorammlung gab Kollege Nagel als Vorsitzender der Streikleitung Bericht über den Verlauf der Vertrauensmännerverammlung vom 7. Mai. Die sehr rege Diskussion gab den entschlossenen Willen der Kollegen Ausdruck, die die Fortsetzung des Kampfes trotz Verbindlichkeitsklärung fordern. Mit Entschiedenheit wandten sich die Kollegen gegen die Kommunistenhebe der SPD-Funktionäre und der Führer und Bündel. Der sozialdemokratische Kollege Weidner erklärte, die Arbeiterklasse sei kampfbereit trotz Verbindlichkeitsklärung, wenn sie wisse, die Kollegen seien vom ersten Kampftage an durchgehend. — In A wurde jedoch gestimmt, daß der Kampfwillie zur Genüge vorhanden, daß die SPD-Führer durch ihre Politik des Verbindlichkeitsklärung und der großen Koalition gebunden seien. Die Richtigkeit der Politik der Opposition wurde allgemein als richtig anerkannt. Die Kollegen sind kampfbereit.

Streikverammlung bei Seidel & Roumann
In einer überfüllten Streikverammlung im Trianon gab Kollege Händel als Vorsitzender Bericht über das Verhandlungsergebnis. Trotz dem unsere beauftragten Kollegen in Berlin Kundgebung gekämpft haben, ist nicht mehr herauszuholen gewesen. Bei den Verhandlungen soll noch einmal versucht werden, den Schiedsrichterspruch zu zerbrechen. In übrigen betonte er, daß dieser Kampf bestimmt Eindruck auf die Unternehmer gemacht habe und konstruierte daraus so etwas wie den berühmten „moralischen Erfolg“.
In der Diskussion übte die Opposition scharfe Kritik an der bisherigen Führung des Kampfes und rechnete mit der „allein richtigen Taktik“ der Reformisten, die von einer neuen Niederlage entgehen bringt, gründlich ab. Dieser Kampf hat den Unternehmern wiederum gezeigt, daß die Gewerkschaftsleitungen willige Werkzeuge zur Abdrosselung der Arbeiterkämpfe sind. Die Arbeiter müßten davon lernen, daß diese Schlichtungsordnung, die nach den Ausführungen Tenbers „ein Vorteil gegen früher“ darstellt, beseitigt werden muß, daß der Kampf trotz Verbindlichkeitsklärung weiterzuführen müssen auch ohne und gegen die Verbindlichkeitsklärung. Die Ausführungen unserer Genossen wurden mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen und oft von lebhaftem Beifall unterbrochen. Die verteilten Artikel und Briefe Tenbers, einem Genossen längt richtigste Dinge nochmals zu unterstreichen, wies die Verammlung mit großer Entrüstung zurück.
Folgende Resolution wurde nach der Methode Füllers auch hier nicht zur Abstimmung gestellt:

Die Arbeiter weisen die Kommunistenhebe zurück

„Die Streikenden der Firma S. u. A. nehmen mit Empörung Kenntnis vom dem Verhandlungsergebnis in Berlin. Auch in diesem Kampfe erwies sich die Schlichtungsordnung als ein Instrument der herrschenden Klasse zur Niederdrückung der Arbeiter. Wir erklären uns deshalb solidarisch mit dem Beschluß der Leipziger Arbeiterklasse und vieler Betriebe, den Kampf trotz Verbindlichkeitsklärung des Schiedsrichters weiterzuführen.“

„Die Streikenden der Firma S. u. A. nehmen mit Empörung Kenntnis vom dem Verhandlungsergebnis in Berlin. Auch in diesem Kampfe erwies sich die Schlichtungsordnung als ein Instrument der herrschenden Klasse zur Niederdrückung der Arbeiter. Wir erklären uns deshalb solidarisch mit dem Beschluß der Leipziger Arbeiterklasse und vieler Betriebe, den Kampf trotz Verbindlichkeitsklärung des Schiedsrichters weiterzuführen.“

„Die Streikenden der Firma S. u. A. nehmen mit Empörung Kenntnis vom dem Verhandlungsergebnis in Berlin. Auch in diesem Kampfe erwies sich die Schlichtungsordnung als ein Instrument der herrschenden Klasse zur Niederdrückung der Arbeiter. Wir erklären uns deshalb solidarisch mit dem Beschluß der Leipziger Arbeiterklasse und vieler Betriebe, den Kampf trotz Verbindlichkeitsklärung des Schiedsrichters weiterzuführen.“

Die Arbeiter weisen die Kommunistenhebe zurück

„Die Streikenden der Firma S. u. A. nehmen mit Empörung Kenntnis vom dem Verhandlungsergebnis in Berlin. Auch in diesem Kampfe erwies sich die Schlichtungsordnung als ein Instrument der herrschenden Klasse zur Niederdrückung der Arbeiter. Wir erklären uns deshalb solidarisch mit dem Beschluß der Leipziger Arbeiterklasse und vieler Betriebe, den Kampf trotz Verbindlichkeitsklärung des Schiedsrichters weiterzuführen.“

Die Arbeiter weisen die Kommunistenhebe zurück

„Die Streikenden der Firma S. u. A. nehmen mit Empörung Kenntnis vom dem Verhandlungsergebnis in Berlin. Auch in diesem Kampfe erwies sich die Schlichtungsordnung als ein Instrument der herrschenden Klasse zur Niederdrückung der Arbeiter. Wir erklären uns deshalb solidarisch mit dem Beschluß der Leipziger Arbeiterklasse und vieler Betriebe, den Kampf trotz Verbindlichkeitsklärung des Schiedsrichters weiterzuführen.“

Die Arbeiter weisen die Kommunistenhebe zurück

„Die Streikenden der Firma S. u. A. nehmen mit Empörung Kenntnis vom dem Verhandlungsergebnis in Berlin. Auch in diesem Kampfe erwies sich die Schlichtungsordnung als ein Instrument der herrschenden Klasse zur Niederdrückung der Arbeiter. Wir erklären uns deshalb solidarisch mit dem Beschluß der Leipziger Arbeiterklasse und vieler Betriebe, den Kampf trotz Verbindlichkeitsklärung des Schiedsrichters weiterzuführen.“

Die Arbeiter weisen die Kommunistenhebe zurück

„Die Streikenden der Firma S. u. A. nehmen mit Empörung Kenntnis vom dem Verhandlungsergebnis in Berlin. Auch in diesem Kampfe erwies sich die Schlichtungsordnung als ein Instrument der herrschenden Klasse zur Niederdrückung der Arbeiter. Wir erklären uns deshalb solidarisch mit dem Beschluß der Leipziger Arbeiterklasse und vieler Betriebe, den Kampf trotz Verbindlichkeitsklärung des Schiedsrichters weiterzuführen.“

Der Kampf um die städtische Beamtenbefoldung

Von Wilfried Schrapel, Stadtverordneter, Dresden.
Seit Jahren kämpfen die Beamten um bessere und gerechtere Entlohnung, von Jahr zu Jahr ist der Beamtenstand vom kapitalistischen Staate immer deutlicher vor Augen gefaßt worden, daß sie ihre ganze Kraft in den Dienst des Staates zu legen haben (heißt das heißt: Heberstunden werden nicht bezahlt, Abkündigungsfrist ist kurz), dafür aber auf gerechte Entlohnung, gesicherte Altersversorgung und fundierte Stellung nach Recht und Verfassung rechnen dürfen. Wohnungs-, Kooperationsfreiheit ist natürlich „gewährleistet“. Es gab sogar einmal einen sozialdemokratischen Minister Herr Bürgermeier in Aachenberg, der in einer großen Beamtenverammlung den Beamten erklärte: „Das Streikrecht ist ein unveräußerliches Menschenrecht.“
Was ist geschehen? Mit Hilfe der SPD hat man ein Ermächtigungsgesetz geschaffen und so viele Lauenbe von „unkündbaren“ Beamten an die Luft geschickt. Altersversorgung? Mit allem Raffinement hat man es verstanden die Pensionäre von den jeweiligen Gehaltsaufstellungen auszuwickeln, so daß es gegenwärtig fünf Sorten von Pensionären gibt, als Gehalts- und Altersregelungen erfolglos.
Gerechte Entlohnung? Die Gehaltsregelungen blieben immer mehr hinter den Preissteigerungen zurück, jede Neuregelung brachte eine stärkere Differenzierung zwischen den oberen, mittleren und unteren Gruppen immer mehr und brachte vielfach Dienst- und Arbeitszeitverlängerung (siehe Straßenbahn, Fliegerpersonal u. a.).
Ein herrliches Gruppen- und Dienstleistungsamt, das in den Gemeinden laut „Gehalt“ natürlich nur Sache des Gemeindefiskus ist, ermöglicht es diesem, angeführt von dem leidigen Stadiparlament, Eingruppierung und Festlegung des Besoldungsdienstalters immer nach Bedarf und Würdigkeit vorzunehmen. Ein feines Mittel zur Erhaltung der Meinungslosigkeit.
Und die Beamten? Der Deutsche Beamtenbund hat bürgerlich geführt von den Herren Hügel in Berlin, die Dresdner Gemeindebeamten betreut vom Volksparteilicher Führer, die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes berührt durch die langjährige, kampffreudige Leitung des Herrn Oberräte, Stadterordneten Viebrach (SPD). Welche Regierung, welcher Stadtrat soll da noch in Sorge geraten vor irgendeinem Schritt der organisierten Massen der Beamten?
So konnten die Regierungen und Gemeindevorstellungen Befoldungen anbieten, die jeder sozialen Einflucht dar waren. Jeder städtische Beamte sollte sich das folgende Bild eingeraut über sein Wert hängen:
Schärfste Befoldungsordnung:
Befoldungsgruppe 19 (Vierter usw.) = 1500-2100 M. Grundgehalt
Befoldungsgruppe 1 (Gehobener Stadnauer) = 18000 M. Dresdner Ratsvorlage
Gruppe 19 (Vierter) fünfzig 1500 2100 M. bisher 1224-1695 M.

Stadträte künftig 10.000—15.000 M
bisher 4.930—12.870 M
Stadtbauräte für Hoch- und Tiefbau außerdem 6000 M Zulage,
bei den techn. Werken außerdem 10.000 M Zulage
letzteres mit Hilfe der SPD bewilligt
dazu kommt noch ein Wohnungsgeldzuschuß unten von 348 M,
oben von 2100 M
Die besoldeten Stadträte erhalten außerdem
1200 M Aufwandsentschädigung.
Der 2. Bürgermeister bisher 13.200—16.245 M Grundgehalt,
künftig 21.000 M
dazu mindestens 30.000 M aus der Gemeindeförderung
Mit Wohnungsgeld usw.
ein Mann von 60.000 M
Herr Oberbürgermeister bisher 29.700 M Grundgehalt,
künftig 30.000 M Grundgehalt,
mit Wohnungsgeld, Günterstützung usw. usw.
ein Mann von 70.000 M,
von den 5—6000 M Landtagsdiäten ganz zu schweigen.

Im Besoldungsanschluß, der die Revisionsfrage vorzubereiten
hatte, gab es zunächst einen Kampf um die Zulassung der Ge-
werkschaftsvertreter. Daraufhin ein kämpfender Kampf um Nicht-
Lernen der Regierung. Der Rat hat fast alle Verbesserungen
der Vorlage mit Hilfe der „Nichtlerner“ wieder weggeschrien.
Diese Nichtlerner sind für die Gemeinden zum Sperrgesetz ge-
worden, und mit überlegenem Nachdruck wies man schon im Aus-
schuß auf die „ordnende Hand“ der Regierung hin, die schon
die Besoldungsansprüche auf das richtige Maß natürlich für die
untere Beamtenschaft zurückzuführen würde.

Zwei Sätze kennzeichnen dieses Sperrgesetz:
„Die Dienstbezüge dürfen grundsätzlich weder niedriger
noch höher sein als die gleichwertiger Staatsbeamter“
Tagegen:
„In den Großstädten bleibt für die Bürgermeister und die
besoldeten Ratsmitglieder die Regelung von Rat zu Rat
vorbehalten.“

Der Rat kennt aber solche Fälle auch für nachgeordnete
Beamte, sofern sie Stadträte sind. Bei von Adendorff,
Leiterin der Krankenschule, bezog bisher nach Gruppe 8
2784—4104 M, der Rat gibt ihr nach 7b 4500—8400 M, das
sind mehr denn 100 Prozent. Unten bei den 2000-M-Gehältern
freicht er Zulagen von 100 M, oben trinkt er gegen die Be-
schlüsse des Besoldungsausschusses 900 M drauf.

Das Klagengeflüster der Bourgeoisie schaut aus allen
Winkeln dieser Besoldungsvorlage.

Und die Parteien? Mit geradem „beispiellosem Opfer-
willen“ haben sie im Ausschuß die Wünsche der Gewerkschaften
erfüllt. Die SPD, wie im Landtage, konnte sich gar nicht genug
tun in Opposition gegen den überlegenen Ratsvertreter. Selbst
die parlamentarischen Finanzbeamten ging trotz Haushaltsdefizit mit
durch die dünn. Woher denn diese Gebührendigkeit, diese
plötzliche Gefährdung des mühsam balancierten, dreimal ge-
heiligten Haushaltsplans? Ja, wäre er gefährdet, man würde
kein wahres Gesicht ungeschminkt zeigen. Aber man weiß ja,
dass die liebe Regierung, das die Sachverständigen, das im
Einigungsverfahren (in d. d. den Wahlen), und schließlich in der
Gemeindekammer der Rat recht bekommt und damit auch Herr
Bürger mit seinem Haushaltsplan. Und der Antrag Rats auf
Erhöhung bei den Bürgermeistern und Ratsgeheimen (Besol-
dung wie bisher) ist schon deshalb bluff, weil er ja gerade mit
seiner Kraktion Herr Stadtbaurat Wahl in ganz geheimer
Sitzung nur 10.000 M Zulage bewilligte, die er ihm natürlich
nicht wieder nehmen will und — wie er selber weiß — auch nicht
kann. Also das Minderheitsgutachten Rats (Stadtbaurat 8400
bis 14.000 M) ist Schwindel — Wahlschwindel überlebensgroß,
denn Herr Stadtbaurat Wahl genießt schon ein Jahr lang dank
der noblen SPD 25.000 M. Ein Bild nach Preußen zeigt das
doppelte Gesicht der SPD.

In Sachsen stimmte die SPD als Oppositionspartei heinabe
allen Anträgen der KPD zu, während sie die inhaltlich gleichen
Anträge der KPD in Preußen ablehnte.

In Sachsen wurde von der KPD der Antrag gestellt, die
Regierungsvorlage abzulehnen und dafür eine neue Vorlage dem
Landtage einzubringen, nach der die Gehaltsgruppen auf höchstens
5 zu reduzieren sind.

Diesem Antrag wurde in Sachsen von der SPD zugestimmt;
in Preußen lehnte die SPD in allem für die Regierungsvor-
lage ab.

Ein Antrag der KPD der in Preußen und in Sachsen die
Erreichung des Endzwecks in spätestens zehn Dienstjahren for-
derte und damit im wesentlichen einjährige Rüdungsfrist ver-
langte, wurde in Sachsen von dem SPD-Verliererhinter in

Gammelt für den Kampf!

Infolge der Not der ausgepörrten Metallarbeiter haben
sich auch in Dresden die verschiedenen gewerkschaftlichen Ver-
triebs-Zentralen an die Internationale Arbeiterhilfe mit
den Erträgen gewandt, zugunsten der besonders bedürftigen ein-
zelnen Arbeiterfamilien durchzuführen. Neben kleineren Ver-
teilerungen sind zwei größere in Dresden durchgeführt worden
und insgesamt 60 Lebensmittelpakete im Werte von 250—300
Mark zur Verteilung gelangt. Die 2. größere Veranlassung fand
gehört nachmittags in den Annenstr. 11. Der Genosse Schu-
mann, Dresden, hielt eine kurze Ansprache und wies auf die ge-
samte Entwicklung der Internationalen Arbeiterhilfe hin und
betonte, daß neben den bürgerlichen Parteien auch die sozial-
demokratische bewußt die IAH bekämpft. Einzig und allein
händen die Kommunisten der Internationalen Arbeiterhilfe
freundlich gegenüber, die kommunistische Partei unterstützt die
Zentralstellen der IAH und fördert das Solidaritätsbewußt-
sein. Durch brüderliche Hilfe und gegenseitige Solidarität will
die Arbeiterhilfe helfen eingreifen. Sie hat nichts zu tun mit
der Führung der Kämpfe, dieses ist und bleibt Aufgabe der
Gewerkschaften. Wenn heute Arbeiter noch nicht den gewerkschaft-
lichen Organisationen angehören so ist es dringend notwendig,
daß sie sich gewerkschaftlich organisieren und die Opposition in
den Gewerkschaften unterstützen. Nicht die Führer und die Ge-
werkschaften, sondern die organisierte Masse der Arbeiter.

Während sich hier in Dresden sechs Betriebe durch die
Streikleistungen an die IAH gewandt haben, ist die Zahl der
hilfsbedürftigen Betriebe in Chemnitz, Limbach und anderen

Städten weit größer. In Limbach z. B. haben sich fast alle Be-
triebs-Zentralen an die Internationale Arbeiterhilfe ge-
wandt. Dort wird die Sammlung zugunsten der Streik-
den gemeinsam durchgeführt von den Streikleistungen, der Be-
triebs-Zentralen und der Internationalen Arbeiterhilfe.

Über 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen sind durch die Be-
weismittelhilfe der IAH in Limbach und Umgebung bedacht.
In Chemnitz haben 17 Großbetriebe den Reichslohn gefaßt, die Züh-
amtralen Belegs über 6400 Lebensmittelpakete sind allein in
Chemnitz verteilt, weitere 1500 kommen am Donnerstag zur
Verteilung. Wir wollen hier nicht auflisten die Betriebe und
Betriebsstellen, die sich innerhalb Sachsens an die IAH gewandt
haben zur Unterstützung. Ein Gesamtbericht wird nach der Aktion
veröffentlicht werden. Die Arbeiter von Dresden und Um-
gebung sollen nach diesen hier kurz angeführten Tatsachen erkennen,
daß die Internationale Arbeiterhilfe auch im gegenwärtigen Augen-
blick noch größeres leisten kann, um der geschlossenen Kampffront
dort wo sie gerufen wird. Deshalb rufen wir heute der prämi-
ten Arbeiterhilfe zu:

Unterstützt die Internationale Arbeiterhilfe!
Werdet Mitglieder dieser Organisation!

Sammelt in den Betrieben, sammelt unter den Freunden
der IAH, damit die Arbeiterhilfe auch im gegenwärtigen Augen-
blick noch größeres leisten kann, um die geschlossene Kampffront
zum Siege zu verhelfen! Sammeltlisten sind anzufordern beim
Landesausschuß der IAH, Güterbahnhofstraße 21.

eigener Formunterstützung eingebracht. In Preußen lehnte die SPD
diese Anträge ab.

Einem kommunistischen Antrag auf Beteiligung der Orts-
klassen stimmte die SPD in Sachsen zu und lehnte sie in
Preußen ab.

Die kommunistische Forderung auf vierteljährliche Voraus-
zahlung des Gehaltes wurde in Sachsen von der SPD unter-
stützt in Preußen abgelehnt.

Die Streichung der Stellenzulagen und deren Einbau in den
Gehaltslohn verlangt die kommunistische Landtagsfraktion in
Sachsen mit Unterstützung der SPD; in Preußen wandte sich
die SPD dagegen.

Einer Verschärfung der Gruppen 8—20 durch Streichung
der unteren Dienstleistungsstufen stimmte die SPD in Sachsen zu,
die SPD in Preußen befürwortete eine solche.

Eine Verschärfung der unteren 4 Gruppen wurde in Sachsen
von der KPD mit Unterstützung der SPD abgelehnt in Preußen
wurde die gleiche Forderung von ihnen abgelehnt.

Einer Abgeltung für über den Dienst hinausgehende Nacht-
und Feiertagsdienstleistungen stimmte die SPD in Sachsen auf
Antrag der KPD zu, lehnte es jedoch in Preußen ab.

Einem kommunistischen Antrag auf Beteiligung der Schlechter-
stellung der weiblichen Beamten nahm die SPD in Sachsen an
und lehnte ihn in Preußen ab.

Die Ministergehälter wurden von der SPD in Sachsen ab-
gelehnt und in Preußen angenommen.

Ein kommunistischer Antrag in Preußen, der eine Ver-
schiebung des Einkommens bei der Heberleistung in die neue
Besoldungsordnung verhindern will, wird in Sachsen von der
SPD gestellt und in Preußen von der SPD abgelehnt.

Die Gewerkschaft in ihrer Gebundenheit an den kapital-
istischen Staat und ihre Verarmung, durch jahrzehntelange
Tradition an ihre demokratischen Rechte gewöhnt, vermag sich
noch nicht freizumachen von den Traditionen der postgewerkschaft-
lichen Abhängigkeit. Der Versuch von der Beamtenschaft der
Kommunisten, zu ihr abzurufen. Wer hat denn Beamte auf
Fährten geleitet, Sperrgesetze erlassen, Arbeitszeit verlängert,
Besoldungsansprüche gestrichelt, 25 Prozent Zulagen versprochen und
nicht gehalten? Kommunisten waren das nicht. Warum kann
sich die KPD erlauben, Hunderte von Beamten 100, 200, 300 M,
niedriger einzuführen, als selbst der Besoldungsausschuß be-
schließen konnte? 100 Pfleger reicht es eine Gruppe
kleiner, desgleichen 100 Erörterungsbeamte, 98 Straßenwärter,
21 Streckenarbeiter, 30 Odenwarte, 1480 Straßenbahner usw.
Ein einziger Besoldungsfall, geht es an den Rechten Reuten.
Wie ist das möglich? Auch hier steht die Wachstfrage nächsten
und drückt. In der Beamtenschaft ist es, gemeinsam mit den
Angestellten und Arbeitern diese Macht zu brechen und sich
Arbeit und Recht im revolutionären Kampf zu erobern. Auch
für die Beamten gilt es:

Wacht auf, Verdammte dieser Erde!

Ablehnung der Schiedsprüche — aber keine Fortsetzung der Kämpfe

Die Metallarbeiterhilfe von Dresden hat den gefällten
Schiedspruch gestern einstimmig abgelehnt, nachdem
am Sonntag vorher die Landesarbeitskommission gelangt
hat. Der Bezirksleiter Teichgraber führte in dieser Sitzung
aus, daß die Annahme der Schiedsprüche nicht möglich ist. Er
wies auf die von der kommunistischen Presse erhobene
Forderung, daß der Verhandlungsausschuß von Dresden die
Verbindlichkeitszerklärung einziehen habe. Ihm ist es vielmehr zu
danken, daß die Schiedsprüche am 16., 17. und 18. April nicht
für verbindlich erklärt werden sind. Dieses Verlegenheits-
gestammel enthält die Tatsache nicht aus der Welt, daß Landes-
beirat Reichsarbeitsminister um exakte Berhandlungen
nachgefragt hat, daß eine Grundlage für die Verbindlichkeits-
zerklärung schaffen sollten. Mit keinem Wort sprach er aber von
Kampf über die Verbindlichkeitszerklärung hinaus. Also nicht nur
Preußen, sondern auch Teichgraber will unter allen Umständen
den Kampf abwürgen.

Die Ablehnung der Schiedsprüche ist für die reformistischen
Führer nur eine Weile, die Metallarbeiter müssen den Worten
die Taten folgen lassen.

Vor dem Prozeß gegen die Saboteure

Anlage wegen wirtschaftlicher Kontroversen — 33 Angeklagte
Kontroversen-Prozessdauer 1 Monat — Arbeiter als Richter
Möckau, 8. Mai, (Zupretorr.)

Die Verhandlung des Prozesses gegen die Teilnehmer an
der Kontroversen-Veränderung im Doneschen wird
voranschreiten, am 15. Mai im großen Saal des Moskauer Ge-
werkschaftshauses vor einem besonderen Senat des Obersten Ge-
richtshofes beginnen. Den Vorsitz wird der Richter der Unter-
instanz Moskauer, W. Schminke, führen. Die Anlage betrifft der
Staatsanwalt Kogin. Das Gericht ist aus 5 Mitgliedern
zusammengesetzt, darunter ein Gewerkschafter aus dem Doneschen
und ein Moskauer Fabrikarbeiter. Der Prozeß wird voraussicht-
lich 1 Monat dauern. Die Anlage wird erhoben auf Grund des
§ 58 des Strafgesetzbuches der Sowjetunion wegen wirtschaftlicher
Kontroversen. Die Zahl der Angeklagten beträgt 33, darunter
5 frühere Mitglieder von Kohlenberg, 27 russische Ingenieure
und die drei Deutschen Ingenieure Otto und Monteur Wadi-
heiser und Wier. Die Anklage lautet, daß es sich bei
der Veränderung um eine weltverworfene Organisation handelt,
die seit 1920 ihre verbrecherische Tätigkeit ausübt hat. Die
Zentrale dieser Organisation war in Moskau. Die materiellen
Mittel und Beschäftigungsgelder wurden von früheren Eigentümern
der Kohlenbergwerke und ausländischen Firmen geliefert. Or-
gan einer ausländischen Verbindung waren die Vermittler für
diese Gelder und Instruktionen. Das Ziel der Organisation war
die Sabotage der Produktion, angefangen bei der Verhinderung
der Maschinen bis zur Verhinderung jeder Benutzung der Gruben.
Die KOG-Ingenieure standen in enger materieller Ver-
bindung mit der Verhinderungorganisation.

„Die Partei ohne Zukunft“

Oder: Die antibolschewistische Liga als Kronzugin der SPD

Unter der Überschrift „Die Partei ohne Zukunft“ geht durch
die SPD Presse ein Artikel mit dem üblichen Schimpfereien gegen
die KPD. Es wird darin behauptet, daß nicht das kapitalistische
System die Verelendung der Arbeiterklasse verurteile, es ist die
KPD, die nur ein Interesse an der Verelendung der deutschen
Arbeiter habe. Da es aber dem deutschen Arbeiter dank der SPD
Tag für Tag besser gehe, werde die KPD bald aussterben. Wir
wollen auf dieses bloße Geschwätz nach alter Weise nicht näher
eingehen. Nur eine bezeichnende Stelle muß herausgehoben
werden, sie lautet:

„Karl Kadek, einst ein Halbgoß der deutschen Kommuni-
sten, sagte einst über die deutsche Arbeiterbewegung: So-
lange die Parteien in Deutschland noch ein Sofa und ein Be-
tisch haben, solange sind sie nicht für uns, nicht für die Re-
volution reif!“ Nach dieser primitiven Verelendungslehre
handeln die Kommunisten.“

Wir stellen fest: der angebliche Ausspruch Karl Kadeks ist
natürlich einer Klugheit der antibolschewistischen Liga aus
dem Jahre 1919 entnommen und schon damals sofort von kom-
munistischer Seite als Schwindel entlarvt worden. Die so-
zialdemokratische Presse aber schreibt die Erzeugnisse der anti-
bolschewistischen Liga wörtlich ab, um damit jetzt Wahlschwindel
zu machen! Sie wird damit aber verdammt wenig Glück haben.

Eindreher Mischowitsch in der Heilstätte

Der Lump Mischowitsch, der im Auftrage sozialdemokra-
tischer Führer im Parteibureau der KPD Königshagen inhaft
ist, noch immer nicht verhaftet, statt dessen wollen ihn jetzt
Kommunisten einen dreimonatlichen Erholungsurlaub in einer Heil-
stätte verschaffen. Am 3. Mai erkrankte Mischowitsch in der Heil-
stätte Hehenstein (Sachsen). Da er aber eine Gefahr für die
dort liegenden proletarischen Kranken bildete (er drohte bereits
mehreren, die ihre begreiflichen Empörung Ausdruck gaben, mit
Erstickung), mußte er bereits wieder am 4. Mai abgeholt wer-
den. Nun soll er nach Götzberg oder Heinerz
geholt werden.“

Es ist interessant, daß dieser Eindreher, anstatt ins Gefängnis
zu wandern, in einer Heilstätte untergebracht werden soll.
Es wird jedoch alles getan werden, um eine gerichtliche Verhand-
lung zu erzwingen, bei der die Rolle des sozialdemokratischen
Wahlschwindlers erst in vollem Umfangutage treten wird.

Schwerf Sportlich, Donnerstag den 10. Mai
7,30 Uhr im großen Saal des Volkshauses Betrieb
versammlung, Erscheinen aller ist erwünscht.
Die Streikleitung

Die Bauernrevolution in Rumänien

Vormarsch der Arbeiter und Bauern auf Bukarest — Standrecht — Verhaftung von Journalisten

Die Meldungen über die Ereignisse der letzten 24 Stunden
in Rumänien sind im höchsten Maße widerspruchsvoll. Während
die rumänische Regierung keine Nachrichten ins Ausland kom-
men läßt, ohne sie einer scharfen Zensur zu unterwerfen, ver-
sichert sie, daß in Rumänien Ruhe und Ordnung herrsche. Die
Bauernmassen seien in ihre Heimatgegenden zurückgekehrt. Zu-
sammenfassend hätten nicht hunderttausende, sondern nur
private Mittelungen aus Rumänien vor, daß die drei Kolonnen
der Arbeiter und Bauern ihren Marsch auf die Hauptstadt
Bukarest fortsetzen, um die Regierung zur Demission zu zwin-
gen. Die Bergarbeiter der Bergarbeiterbelegs von Lupeni

und Petroseni haben seit vergangenerm Freitag die Arbeit
eingestellt und ihre Wohnorte verlassen, um sich den Bauern
anzuschließen. Verschiedene Eisenbahnstellen sind von den an-
marschierenden Bauern besetzt worden. Die Regierung Bra-
tiana hat in Bukarest das Standrecht und den verächtlichen
Belagerungsstand verhängt. Alle verführbaren Truppen stehen
in Alarmbereitschaft. Patronen haben die Zugangsstraßen
besetzt. Zahlreiche ausländische Journalisten wurden verhaftet
und ein Teil über die Grenze abgehoben. Die Führer der
Bauernpartei haben mit der Regierung Verhandlungen einge-
leitet und versuchen, ihre Anhänger zu beschwichtigen.



Pantu
der Führer der rumänischen ver-
armten Bauernschaft.
Demonstration von Arbeitern
und Bauern in Bukarest.

Die KPD im Wahlkampf

Von Siegfried Käbel

Der Wahlkampf ist in vollem Gange. Nur noch wenige Tage, und die Wertschätigen Deutschlands werden durch ihr Votum zu erkennen geben, in welchem Maße sie aus ihren Erfahrungen in den Jahren seit der letzten Reichstagswahl gelernt haben.

Wieder falsche Vorstellungen und Hoffnungen mögen dafür maßgebend gewesen sein, daß im Dezember 1924 bei der letzten Reichstagswahl die Kommunistische Partei gegenüber der Wahlwahl erhebliche Stimmenverluste zu verzeichnen hatte? Die Enttäuschung folgte auf dem Fuße, und mehr als einmal gab es in den Wandelgängen des Reichstages erregte Auseinandersetzungen zwischen den betroffenen Wählern und den Abgeordneten, die sich nach der Wahl nicht mehr an ihre Versprechungen erinnern konnten.

Erwerbslose aller Berufe, Delegationen der Sozialrentner und Kriegsoffer, Klein- und Werkspensionäre, Inflationsgeschädigte, Auslandsdeutsche und Grenzvertriebene, Beamte der unteren Gehaltsgruppen, Gewerbetreibende und Kleinbauern, Tausende sind es, die während der Tagungen des Reichstages nach dem „Hause des Volkes“ am Platz der Republik pilgerten und dort die bittere Erfahrung machen mußten, daß alle Versprechungen nur billiger Wahllippe waren.

Werden die so Enttäuschten nunmehr aus ihren Erfahrungen die notwendigen Konsequenzen ziehen?

Der Wahltag ist nahe, und in den Ausrufen „an den lieben Wähler“ wird das alte Schmalz neu aufgetragen. Bourgeoisie und Reformisten versprechen dem Wähler 100prozentige Erfüllung seiner Wünsche, wenn er ihnen zu Mandaten verhilft, und fänden ihm den Untergang, wenn dies nicht geschieht.

Gewiß, die Dummen werden nicht alle, aber sollten an den Wänden der Hoffnungsreichen vom Jahre 1924 die fortgesetzten Enttäuschungen der letzten 4 Jahre spurlos vorübergegangen sein? Sicher nicht. Die Zahl derjenigen, die heute ihrem einstigen Erwählten aus ganzem Herzen fluchen, ist ungeheuer groß. Nun mag das Fluchen ein Ausdruck für die Erkenntnis sein, daß man sich auf falschem Wege befand, aber mit Fluchen allein hilft sich niemand weiter.

Was ist der richtige Weg?

Vor Täuflern und aber Täuflern steht in diesen Tagen die Frage dringender als sonst, und hier antworten wir Kommunisten:

Es gibt für die Wertschätigen, für alle Ausgebeuteten und Notleidenden nur einen Weg zur Besserung ihrer Lage, den Weg des proletarischen Klassenkampfes.

Die Kommunistische Partei geht nicht in den Wahlkampf mit einem Bündel Versprechungen und bietet sich den Wählern nicht als Feind an, wie dies die Parteien von Weimar bis Scheidemann tun. Die Kommunisten lügen den Massen nicht vor, daß diese Stimmzettelsucht die Entscheidung zwischen Kapital und Arbeit bringen wird, die Kommunisten stellen sich in den Wahlkampf, um den falschen Freunden der Wertschätigen die Heuchlermaske vom Gesichte zu reißen und den Massen den kapitalistischen Klassencharakter des bürgerlich-demokratischen Parlaments aufzuzeigen.

Die Wertarbeit der KPD im Wahlkampf geht um mehr als um den Stimmzettel. Wir Kommunisten wollen nicht den vertrauensseligen Wähler, sondern den Witzkämpfer. Die Verbreiterung, die Stärkung und Festigung der proletarischen Klassenfront, die Mobilisierung der noch absichtslos lebenden Arbeitermassen für den Kampf gegen die bürgerliche Klassenherrschaft, das ist unser Hauptziel im Wahlkampf und bleibt darüber hinaus Hauptziel unserer Arbeit im Parlament.

Deshalb gibt es für die kommunistischen Abgeordneten auch kein Partieren mit den Vertretern der „Staats-erhaltenden“ Parteien. Die Kommunisten sind im Parlament Vorposten der roten Klassenfront, deren Umfang am Wahltag demonstriert wird, und bekämpfen als solche grundsätzlich die Arbeitsgemeinschafts- und Burgfriedenspolitik der Sozialdemokratie, die nur geeignet ist, die Diktatur der Trustbourgeoisie zu verhüllen.

Als konsequente Vertreter der Interessen aller Wertschätigen gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch das Industriekapital und Agrarkapital wissen die Kommunisten, daß jeder Erfolg im Existenzkampf des Proletariats von dem außerparlamentarischen Auftreten der wertschätigen Massen abhängig ist.

An allen Fronten des proletarischen Existenzkampfes steht die KPD in erster Reihe. Ihr entscheidender Kampf im Parlament um die Forderungen der Wertschätigen gegen die Verelendung ist gleichzeitig auf die Hebung des Selbstvertrauens der Proletarier gerichtet und dient damit der Stärkung des Kampfwillens des Proletariats.

Von diesen Grundbächen ausgehend, im Geiste von Karl Marx und Lenin, hat die kommunistische Reichstagsfraktion bisher im Reichstag gewirkt und den Kampf gegen die reaktionäre Bürgerblockpolitik geführt. In diesem Sinne wird der Kampf auch im neuen Reichstag weitergeführt werden, gleichviel, in welcher Zusammenhänge die kommende Regierung ihre Funktion als Vollzugsorgan der Kapitalisten ausübt.

Mit aller Entschiedenheit und Zähigkeit wird die kommunistische Reichstagsfraktion den Kampf auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet fortsetzen.

Die immer offensichtlicher im Rahmen des Weltimperialismus gegen Sowjetrußland gerichtete Politik des neu-deutschen Imperialismus, die damit verbundene verschärfte politische Unterdrückung des deutschen Proletariats führt auf den härtesten Widerstand der kommunistischen Partei.

Der schonungslose Kampf der kommunistischen Reichstagsfraktion gegen neue imperialistische Kriege, gegen den Kreuzzug des Kapitalismus nach der Sowjetunion dient der Aufklärung des Kampffeldes, vor dem die Arbeiter stehen. Die Demaskierung der kapitalistischen „Friedensfreunde“ und ihrer Trabanten, der „Reformisten“, als imperialistische Räuber und Konterrevolutionäre, wird der

proletarischen Klassenfront neue Kämpfer zuführen; der erste Arbeiter- und Bauernstaat der Welt wird aus den Reihen der Wertschätigen Deutschlands neue Verbündete erhalten.

Der Kampf gegen die politische Knechtschaft, in die das deutsche Proletariat immer härter hineingelassen wird, der Kampf gegen das Wüten der Klassenjustiz trägt immer



Siegfried Käbel
der Spitzenkandidat der wertschätigen Massen
für den Wahlkreis Dresden-Sachsen

mehr zur Entlarvung des wirtlichen Charakters der „demokratischen Republik“ bei. Aufknüpfend an das beabsichtigte Verbot des Roten Frontkämpferbundes (wie es das Reichsgericht empfohlen hat) wird die kommunistische Reichstagsfraktion im verhängnisvollen Maße den Kampf gegen den verhängnisvollen arbeiterfeindlichen Kurs der Bourgeoisie fortsetzen.

Nach wie vor wird die Bourgeoisie bei ihrer Ausplünderung der Massen durch Steuern und Zölle in den Kampf gegen die proletarischen Gegner stehen. Der Kampf gegen die Klassenfeuern, die die Bourgeoisie von 47,8 Prozent im Jahre 1913/14 bis auf 68,2 Prozent im Jahre 1927/28 steigerte, wird von den Kommunisten unablässig geführt werden. In gleicher Weise der Kampf gegen den Fiskus, der allein der Reichstasche im Jahre 1927 1 Milliarde 289 Millionen 240 Tausend Mark eingebracht hat. Ohne die Zolleinnahmen der Kapitalisten zu berücksichtigen, die nur zu schätzen sind, hat im Jahre 1927 eine vierköpfige Familie 81,84 Mark dem Fiskus abzugeben.

Die Arbeiterstimme ist die Waffe des revolutionären Proletariats im Kampf

In einer Zeit der ärgsten politischen Reaktion, in welcher es die Bourgeoisie bereits mag, die Hand nach den Organisationen des klassenbewussten Proletariats (Verbot des RFB) auszustrecken, in welcher die brutale Ausbeutung der Arbeiterklasse durch Nationalisierung und Schlichtungsquelllinie fast keine Grenzen mehr kennt, mag die Bedeutung der revolutionären Presse mit aller Kraft und Schärfe in den Vordergrund gerückt werden.

Die verstärkte politische Tätigkeit infolge der Reichstagswahl bietet gerade jetzt die allerangünstigste Gelegenheit, mehr als bisher für die Verbreitung der Arbeiterstimme

in allen Heimen der Wertschätigen einzutreten.

Soll unser Kampf um die Proletarier zur Abwehr aller arbeiterfeindlichen Bestrebungen der Reaktion nicht ungehört verhallen, so ist es erste Vorbedingung, daß das Sprachrohr der kommunistischen Partei in Dresden und Ostschlesien, die Arbeiterstimme, Gemeingut der gesamten arbeitenden Bevölkerung unseres Bezirkes wird.

Wenn aber erkannt worden ist, daß die kommunistische Presse als Waffe im Kampf unentbehrlich ist, wenn man erkennt, daß sie zur Verteilung des Wissens für den revolutionären Willen ebenso dringend benötigt wird, so wird man auch die Notwendigkeit ihrer weiteren Verbreitung klar erkennen.

Wir fordern deshalb alle Zellen- bzw. Ortsgruppenleitungen auf, mehr als bisher neue Leser für die Arbeiterstimme zu werben.

Wir dienen damit nicht der Zeitung allein, wir dienen damit der großen geschichtlichen Aufgabe der kommunistischen Partei, der Befreiung der Arbeiterklasse.

Jeder neue Leser bedeutet einen neuen Kämpfer in den Reihen des revolutionären Proletariats.

Werdet für Partei und Piefel!
Zeichnet für den Wahlfonds der KPD!

geopfert, dies sind 37,00 Mark, also fast das Doppelte mehr als im Jahre 1914.

Die kapitalistischen Parteien werden auch im neuen Reichstag ihre Wünsche zugunsten der Hausagrarier wiederholen. Vollständiger Abbau des Mieterrechtes, also uneingeschränkte Willkürherrschaft der Hauspatras und damit natürlich verzweifelter Mietwucher; aus dem Wege zu diesem Ziel haben die Hausagrarier bereits wichtige Schritte erreicht. Noch im letzten Monat vor der Auflösung des Reichstages, in der Zeit, da alles noch einigermaßen Erreichbare vom Bürgerblock zusammengekratzt wurde, hat man einen weiteren Abbau der Mieterrechte schnellstens vorgenommen. Den Hauskapitalisten wurden die Möglichkeiten erweitert, die Mieter auf die Straße zu setzen. Die Mietspiegel-Friedensmiete ist den Mietern noch zu wenig. Sie fordern „vorläufige“ Steigerung der Mieten auf 150 bis 160 Prozent. Demgegenüber werden die Kommunisten im neuen Reichstag wiederum sofort mit dem Kampf auf Herabsetzung der Mieten und für die Schaffung eines wirklichen Wohnrechtes beginnen. Die gesamte Mieterklasse muß mit ihren Organisationen diesen Kampf auf das nachdrücklichste unterstützen.

Ganz besondere Bedeutung hat der Kampf gegen die infolge der kapitalistischen Rationalisierung verschärfte Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und gegen den Lohnraub.

Die gesteigerte Warenproduktion bei gleichzeitiger Verminderung der Arbeiterzahl ist zum größten Teil auf die (für Hungerlöhne) bis zum höchsten angepannten Arbeitskraft zurückzuführen. Fortgesetzt steigende Gewinne der Kapitalisten auf der einen Seite, frühzeitiger Verbrauch der Arbeitskraft, Erwerbslosigkeit und damit fortwährende Verelendung auf der anderen Seite, dies sind die unmittelbaren Folgen der kapitalistischen Rationalisierung.

Gegen diesen für die Arbeiterklasse verhängnisvollen Zustand kämpft die kommunistische Partei mit allen Kräften. In Verbindung mit den Arbeitskämpfen wird die kommunistische Reichstagsfraktion ihren Kampf gegen die Schlichtungsordnung, für Koalitions- und Streikrecht, gegen den Lohnraub, für die Zurückführung der Erwerbslosen in die Produktion, für den Acht- bzw. Siebenstundentag, für einen wirklichen Arbeitsschutz weiterführen.

Unter der Herrschaft des Bürgerblocks hat sich die Lage der Sozialrentner, der Kriegsoffer, der Erwerbslosen, der Fürsorgenunterstützungsempfänger und anderer Notleidenden und Hilfslosen weiter verschlechtert. Während die Lebenshaltungskosten stiegen, sind die sozialen Bezüge noch wie vor Almosen geblieben, die nicht einmal zum Begehren reichen. Durch die Umwandlung der Erwerbslosenfürsorge in die Arbeitslosenversicherung wurden nicht allein die Löhne der Arbeitslosigkeit auf die Schultern der Wertschätigen abgewälzt, sondern die nach Lohnklassen gestaffelten Unterstützungsbeträge bedeuten für die große Mehrheit der Arbeitslosen einen Abbau der Unterstützung. Der von den Sozialdemokraten gerühmte Rechtsanspruch auf Unterbringung, den angeblich die Arbeitslosenversicherung bringen sollte, steht so aus, daß z. B. am 15. März d. J. circa 300 000 Erwerbslose weder aus der Arbeitslosenversicherung noch aus der Krisenfürsorge Unterstützung erhielten.

Als den auf Abbau der Sozialpolitik gerichteten Bestrebungen gegenüber wird die kommunistische Reichstagsfraktion nicht nachlassen im Kampfe um die sozialen Forderungen der Wertschätigen.

Mit dem Scheitern des Reichsjahrgeldes im letzten Reichstag sind die Pläne der Kulturreaktion nicht aufgegeben. Die Verpfändung der Schule droht nach wie vor. Darüber hinaus richtet die Bourgeoisie immer stärkere Angriffe gegen die revolutionäre Jugendbewegung, die sucht entscheidenden Einfluß auf das Geistesleben der heranwachsenden Jugend zu erhalten. Der Kampf gegen die revolutionäre Literatur liegt in dieser Linie. Die kommunistische Reichstagsfraktion ist sich der Wichtigkeit dieses Kampfes bewußt, die Reaktion wird auch hier die Kommunisten als unveröhnliche Gegner finden.

So liegt das Kampffeld klar vor uns, und es heißt jetzt, die Arbeitermassen für einen einheitlich geführten Kampf an allen Fronten der Front zu mobilisieren. Gegen die Ausbeuter, die revolutionäre Einheitsfront des Proletariats in Stadt und Land zu schaffen, das ist das Ziel der kommunistischen Partei im Wahlkampf.

31 Reichstagsvor schläge

Berlin, 8. Mai (Tel.) Der Reichshausauschuss unter dem Vorsitz des Reichswahlleiters, Geheimrats Bagemann hat gestern Abend von den einmündigen Reichswahlberechtigten 31 angenommen. Allein die Anwesenheitsgruppen zählen nicht weniger als sieben Vor schläge, daneben gibt es drei schriftliche Voten. Neben der Landvolkrechtssache gibt es noch drei weitere Vorschläge. Ein Wahlvorschlagn, der von einem Chepar Wulfmeyer mit Sohn und Tochter eingereicht worden war, steht unter dem Namen „Rechts- und Mieterpartei“. Abgelehnt wurden die Vor schläge einer Gruppe „Kampfpakt für das Volk und Wehr“ und einer von einem eben wahlfähig gewordenen Hamburger geschlossenen Vize „Vereinsinteressen der Bedigen“. Letztere war beziehungsweise von 20 verheirateten Frauen aus Hamburg unterzeichnet worden.

Die führen ihren Berrat fort

Die SPD für ein Bündnis mit den Reaktionären
Paris, 8. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die Sozialisten des Seine-Departements hielten gestern in Paris bei Paris ihren ersten Jahreskongress ab, um sich mit der durch den Ausbruch der Wahl geschaffenen Lage zu beschäftigen. Im Laufe der Aussprache empfahl der sozialdemokratische Führer Leo Blum eine Zusammenarbeit mit dem linken Flügel der Kapitalisten und sprach sich gleichzeitig für eine Kampfpolitik gegen den Bolschewismus aus. Durch den Beschluß dieser Konferenz ist die ganze verlogene Wahlaktion der Sozialdemokraten, daß die Kommunisten die Reaktion unterstützen, für jeden Arbeiter klar enthüllt.

Unter den Geigen Poincarés und Boncourts

Paris, 5. Mai. (Telegraph.) Das Kriegsgericht in Marzelle verurteilte 15 Soldaten des in Calvi auf Korsika Nationalen 127. Infanterieregiments zu 3 Monaten bis zu 5 Jahren Gefängnis, weil sie den Gehobenen verweigerten und durch Abhängen der Internationale gegen die schlechte Kost protestierten.

Die letzten Vorbereitungen zum Abbruch des Metallarbeiterkampfes

Dresden, den 8. Mai 1928.

Mit klingendem Spiel bereiten die DWA-Führer in der geistigen Funktionärevermittlung der ausgepörrten und freiziehenden Metallarbeiter die Kapitulation vor dem dritten Schiedspruch des Reichsarbeitsministers vor. Köllner und Händel schlagen noch ein wenig radikalen Värm, sie wagten sogar, von dem „Endkampf des Sozialismus“ zu sprechen. Natürlich alles nur, um den Rückzug auf der ganzen Linie vor der Front der Industriellen desto hemmungslöser vollziehen zu können.

Köllner, 1. Bevollmächtigter des DWA, gab den Bericht über die Verhandlungen beim Reichsarbeitsminister in der üblichen Weise. Er leitete die alte Balg, daß nach 1921 ohne Schlichtungsordnung kein Tarifvertrag mehr bestanden hätte. Der Bestand des Tarifvertrages sei untrennbar mit der Schlichtungsordnung verbunden. Köllner verläumte so zum hundertsten Male die Kollegen über das Wesen des Tarifvertrages und der Schlichtungsordnung irreführen. Den Kollegen muß immer wieder gesagt werden, daß die Schlichtungsordnung dem Raub des Streikrechts diene. Der Tarifvertrag ist nur für die Köllner und Genossen vom Reich der Schlichtungsordnung abhängig, weil die Köllner den Tarifvertrag nur als Verhandlungsobjekt betrachten. Ein für die Kollegen erfolgreicher Tarifvertrag kann nur im Kampfe gegen die Unternehmer durchgeführt werden. Der Tarifvertrag als Kampfobjekt ist vollständig frei von den Fesseln der Schlichtungsordnung.

Anschließend an die Ausführungen Köllners erklärte Händel, daß über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs nach dem Statut des Verbandes die Kollegen in Abstimmung zu entscheiden hätten, aber infolge der kurzen Frist müßten die Vertrauensleute entscheiden. Damit war die Veränderung der Entscheidung der Kollegen wieder einmal vollzogen. Die Kollegen dürfen sich diesem Gebahren der Verhandlungsleitung nicht länger fügen.

Die Opposition wandte sich sehr entschieden gegen die Verhandlungsleitung, die Kampf Stimmung niederzulegen und den Kampf abzumelden. Kollege Zeiler widerlegte die Ausführungen Köllners. Als er zum Beweis seiner Behauptungen einige Profitatzen der Industriellen vorlesen wollte, schickte ein vorbereiteter Värm der SPD-Fraktion ein, in deren Folge es schien, als ob die sozialdemokratischen Betriebsräte Weiber Enge und andere sich handgreiflich gegen den Redner erheben wollten. Genossen Zeiler gelang es trotzdem keine Ausführungen zu Ende zu führen. Er schloß mit der Aufforderung, die von uns bereits gestern veröffentlichte Entschiedenheit anzunehmen. Am weitesten hegte der ehemals überdies Kollege Stein. Er dichtete Sowjettrahnen eine Schlichtungsordnung an, in deren Ausführung eine Anzahl mit je einem Kulafen, Landarbeiter, Sowjetvertreter und Gewerkschaftsvertreter zu entscheiden habe. Bei anderer Gelegenheit schrieen die Sozialdemokraten, daß in Rußland keine Demokratie herrsche, da beispielsweise die Kulaken von jedem attinen und passiven Wahlrecht zu öffentlichen Körperlichkeiten ausgeschlossen seien. Ganz treffend antwortete Kollege Kock: „Ich möchte nur, wie hätten in Deutschland solche Gesetze wie in Rußland.“ Er verwies die Kollegen auf die Notwendigkeit, den Bürgerbund mit allen Mitteln „kaputt“ zu schlagen. Der Kampf gegen die Verbindlichkeitsklärung sei ein solches Mittel. Treffend kennzeichnete Kollege Krensch die Stellung der Gewerkschaftsführer zur Schlichtungsordnung aus der Zeit, in der im Reichswirtschaftsrat die Schlichtungsordnung zum Beschluß erhoben wurde. Er verwies richtig auf die Möglichkeit des Bürgerblods, die Schlichtungsordnung zu beschließen, wenn die Industriellen, wie es die Reformisten behaupten, dieselbe vernichten wollten. Auf einen Zwischenruf: „Troß!“ antwortete Krensch, daß dieser Zwischenruf eine Parodie auf die SPD sei. Wenn die SPD und die freien Gewerkschaften bereits vor dem Abzuge gegen alle, die in das Lager des Bürgerblods abzuweichen, so entschieden vorgegangen wären, wie die Kommunisten gegen Troß, so wären unsere Gewerkschaften heute revolutionäre Kampforganisationen. (Lebhafter Beifall.) Auf die SPD-Redner antwortete er, daß die SPD durch den DWA-Führer Leipart in den Gewerkschaften ihre Wahlmacht treibe. Er schloß mit der Aufforderung, überall den Kampf trotz Verbindlichkeitsklärung zu führen. Den Versuch Brandes, beim Reichsarbeitsminister die Verbindlichkeitsklärung zu erwirken wies Kollege Kockde mit Entschiedenheit zurück. Er leitete die Frage der Schlichtungsordnung als eine Frage des Kampfes auf. Die Frage sei: Für die Schlichtungsordnung und Große Koalition oder gegen Große Koalition, gegen Schlichtungsordnung, für den revolutionären Kampfstamp. Die Verhandlungsleitung solle doch ehrlich den Kollegen klar und ohne Schein erreicht worden sei. Die Opposition habe bei dieser Kampfführung alle Ursache, seitig genug zum Ausdruck zu bringen, daß die Taktik des Kampfes zu ändern sei. Wenn die Opposition dies ausdrückt, erklären die Reformisten, dies sei Verrat am Kampfe. Aber wenn die Opposition schweige, lehnen sie: Ihr habt ja nichts anderes zu sagen gehabt. Wer Verrat über, darüber würden die Kollegen selbst entscheiden.

Nach einem allgemeinen Gerede des sozialdemokratischen Kollegen Kuhnert sprach provokatorisch der 2. Bevollmächtigter

Händel. Nachdem er für die Schlichtungsordnung gesprochen, erklärte er die Ausführungen über Brandes endlich als unweiblich. Im üblichen handlichen Värmstil behauptete er die Opposition: „Wenn das, was ihr vor Brandes sagt, richtig ist, dann müßt ihr bei eurer“ Dicker Värm behauptete er, um den Weg des Abbruchs zu beschleunigen.

Vor zwei Jahren hätte die Verbindlichkeitsklärung ausgearbeitet zum Kampf über die Verbindlichkeitsklärung hinaus und erklärt, daß sie Mittel und Wege zur weiteren Unterhugung schon finden werde.

Die Kollegen hätten das damals abgelehnt. Nach diesem offenen Bekenntnis, daß der Kampf trotz Verbindlichkeitsklärung doch möglich ist, machte Händel den Feind der Revolution nicht auf die Wand. Auf die Bemerkungen der Opposition, daß der Reichsarbeitsminister auf die Zentrumskollegen angewiesen sei, glaubte Händel erklären zu müssen:

Wahlfondsbestimmungen

20.50 Mark

wurden durch den Wahlfonds am Dienstag dem 8. Mai 1928 durch Hauspropaganda mit Ansprachen durch einen Sprechapparat gesammelt und an die Gewerkschaft abgeführt.

Die Belegliste der Bezugs-Werke (Paul Geuer) sammelte 23.50 Mark

Die Bezirksleitung der Jugend überreichte uns bis jetzt 100,- Mark

Die Abteilung 6 lieferte an die Gewerkschaft a conto 85,64 Mark an den Wahlfonds ab.

Bei einer Familienleiter des Kam. Nisch. Schulze wurden 8,74 Mark für den Wahlfonds der SPD gesammelt.

„Sticht euch nicht allzusehr auf das Zentrum“ richtig rief ein Kollege darzwischen. Wir nicht, ihr tut das was werden wir nach der Wahl sehen.“

Prompt kam auch in dieser Versammlung der Schlichtungsfrage für die Debatte, nachdem man die Rednerliste nach Belieben gehandhabt hatte.

Im Schlußwort erklärte Köllner wider besseres Wissen, daß diejenigen, die weiterkämpfen wollen, den Tarifvertrag zerbrechen wollen. Paraphrasierend erklärte er: „Wir alle wollen den Sozialismus.“ Dann müsse man aber gegen das Kapital und nicht gegen die Verhandlungsleitung kämpfen.

Händel gab zum Schluß bekannt, daß Betriebe bereits Kollegen per Postkarte aufgefordert haben, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Kollegen dürfen die Arbeit nicht aufzunehmen. Die Kollegen dürfen die Arbeit nicht aufzunehmen, wenn die Anforderungen der Verhandlungsleitung vorliegen. Darauf rief treffend ein Kollege darzwischen: „Ich denke, es soll weiter gekämpft werden!“

Händel antwortete darauf: „Später kämpfen wir weiter“

Die letzten Ausführungen Händels kennzeichneten treffender als alles andere, daß die DWA-Führer nicht daran denken den Kampf zum Siege zu führen. Die Kollegen müssen den Kampf nicht später, sondern jetzt bis zum Siege führen.

Anweisung für Wahlfilme

Von Althaus

Ebenfalls die Propagandawirkung des Filmes über Jahre hinweg in treuen die Parteien im letzten Wahlkampf vor dem ersten Male in größerem Maßstabe mit Wahlfilmen zu zeigen.

Es ist sehr bezeichnend, daß alle Parteien auch den Kommunisten hin zu, darauf verzichten, die Gegner durch Wahlfilme zu treffen und ihre eigene Partei in größtmöglicher Klarheit anzupreisen. Das eigentliche Werbemittel des Filmes, die Ladendemonstration, verdrängen sie, weil sie wissen, daß vor der Partei der Wahlfilm der Photographie überlegen ist. Die Wahlfilme sollen eine schlechte Arbeit machen, daß im übrigen mit Filmen und Arbeiterstimme kein Arbeiter an die Wahlurne zu locken ist.

Beispielhaft ist das die SPD ihre Antiliberalenmethode in einem Traktat abgelehnt und der Arbeiterstimme nicht mehr als der armen Kommunisten ihre Kräfte in der Garderobe abgeben, bevor sie ein: Kommunistenrede anhören. So will man auch bei ihnen rühmend Filme wie „Kommunismus“, „Schwarzer Sonntag“ und „Mutter“ erhalten um die Arbeiter mit revolutionärem Schein bei der Stange zu halten. Das die Wahlfilme der SPD über 45000 Mark durch Herrn Ellert vertrieben worden ist, sei nebenbei berichtet.

Einige die Kommunisten konnten die staatliche Form des Filmes nützen und durch Gegenüberstellung der Wirklichkeit ein „verehrtes“ Bild der Arbeiter und innenpolitischen Lage den Wählern vor Augen führen. Einbürgerungen behielten ihnen allein die jamaica Jener, die einst unter Mitwirkung der SPD von wehrlichen Reaktionsären unter dem Vorwand der Sittengesetz geistlich wurde und von ihnen zu einem politischen Instrument gegen links entwickelt worden ist. Die Wahlfilme der Kommunisten zeigen die Entwicklungsgeschichte der Republik und weilen der Arbeiterstimme den richtigen Weg zu ihrer Befreiung.

Wenn auch die Filme für sich selbst sprechen, so ist selbstverständlich eine umfassende Vorbereitung durch Plakate, Broschüren, Annoncen, redaktionelle Beiträge und Abdruck von Preisbesprechungen beherrschende Notwendigkeit.

Größte Sorgfalt ist auf eine polierende Reklamemittel zu legen. Die Wähler sind zur rechten Zeit mit geeigneten Reklamematerial (Wiederholer) zu versehen und in angemessener Abklärung der einzelnen Bilder ausmerksam zu machen. Eine schlechte Wahl kann die ganze Stimmung eines Filmes verderben. Die unterstützende Wirkung guter Wahl ist allgemein bekannt.

Eine gute Auswahl und große Geduld sind bei der Auswahl der kleineren Orten Grammophonplatten, die in je der Auswahl zu haben sind. 10 bis 15 Platten genügen für eine Karte. Bei rechtzeitiger Beschaffung wird auch die kleinste Propaganda das Material heranzuführen können. Also: Vergesst nicht die Wahl!

Wichtig ist bei der Aufführung eine Unterhugung des Filmes durch ein kleines Komitee, das die großen Zusammenhänge erklärt und schärfenwert die Beleuchtung durch geeignete Lichter prüft die die Klafichten auf die Jenur und Streikungen durch die Jenur wieder ausleihen können. Zwischenzeiten sind zu vermeiden.

Bei richtiger Organisation der Aufführungen — keine Kopie darf auch nur einzu Tag ungenutzt sein — außer Vorreklame und entwerfender Wühl stellen unsere Filme kraft ihres lebhaften Inhaltsmaterials eine der wirksamsten Hilfen für die Wahlpropaganda dar.

Nutzen wir die in ihnen enthaltene Werbekraft für unsere Sache.

Der Patriot

Gastspiel Kurtner-Niemann im Alberttheater

Alfred Neumann, Kleistpreisträger im Jahre 1926 für seinen aufsehenerregenden und viel gelehrten Roman (das 3. Tausend liegt bereits in Druck vor) „Der Teufel“, kam im Alberttheater mit seinem historischen Drama „Der Patriot“ heraus. Das Stück hat in Berlin und auch in der Provinz die Kostentruppe der Theater gänzlich beeinflusst. Dies liegt in der Zeit der besonderen Konjunktur für historische Stücke („Gneisenau“, „Zweimalen“) um historische Uniformen, militärischer Prunk, dramatische Konfessionen waren. Mode Grund genug, dies Stück bei seiner Kurtner-Niemannierung etwas unter die Lupe zu nehmen. Schon vorweg muß man sagen, es ist nicht ganz so schlimm. Ein handfestes Theaterstück, an denen ja bedenklicher Mangel herrscht, und das auch die der Bedürfnisse der Theaterbesucher weitestgehend entgegenkam. Kurtner: Rußland liegt im Mittelalter lebhaften Hirn und Widern. Und das Gros jener, das jeder fortsetzen, tatsächlichen, also politischen Fragestellung, das Rußland von heute betreffend, o dem Wege geht, flüchtet sich in die Historie. (Genau so, wie Piscators Idee und Theater dem Julauf des Kurzstrecken-Tam in a b s preisgegeben ist, weil das so interessant ist.) Neumann widelt einen Staatsstreik ab, einen Putz des Krieges-gouvernements von Petersburg, Grafen Peter von der Vahlen. Vahlen lebte um 1800 und war die rechte Hand des despotischen Zaren Paul. Dieser „Selbstkritiker aller Reußen“ war ein echter Nachkomme jenes schrecklichen Jwan, der die mehrlose Revolutionierung zu Tausenden hinstichtete. In einer Szene j. B. schuldigst dieser getränkte Kerl einen Grenadier, Stepan. Dieser Stepan wird das Werkzeug in Vahdens Hand, dessen politisch-genaues Intrigantentum alle in die Hand bekommt. Panin, den lahilen Vizekanzler, seine (Vahdens) Geliebte Anna Petrovna Diernann, die ihren erotischen Einfluß auf den Zaren geltend zu machen von Vahlen, den Admiral Ribas, einen gemäßigten Statobkapitän, Offiziere. Alle, die sich mit fochender, aber verächtlicher Wut unter Pauls Willkür deugten. Sogar Alexander, der Jarowitsch, wird, verschüttertes, schwankendes Objekt in Vahdens harter Hand, in die Partei der Verschwörer einbezogen. Eine Palastrevoktion bricht aus, die Verschwörer fordern von Paul die Unterscheidung des Absonnerlichen dekretes, Paul weigert sich und wird im allgemeinen Tumult von Stepan in der Dunkelheit mit einer Offizierskappe erdolcht. Der Weg für den schwachen Präsidenten ist frei. Vahlen selbst (der Diktator läßt offen, ob am Ausmaß seiner Tat zerbrechen, ob Rache von Alexander fürchtend, ob an der russischen Schwermur zerschend!), wird auf seinen Wunsch von Stepan der sich danach, ebenfalls entsetzt, erschossen. — Die ganze

Handlung, 5 lange Akte, ist also nichts als eine Abwicklung des verordneten, aber keinen Antragsgeheimnisses Vahdens, dem es bis zur letzten Minute gelingt, das Vertrauen des Despoten zu täuschen. Die entscheidende Schwäche des Stückes ist die, daß die Handlung nur a b wickelt, nicht ein wenig wird. Die tieferen Ursachen der Vahdenschen Staatsverbrechen, besonders die Strömungen aus der gelochten Volksohle, die sie spielen werden überhaupt nicht aufgeführt. Soziale Kräfte verdrängen, nur „hohe Politik“ wird gespielt. Aber „Der Patriot“ ist handwerklich gekonnt, wenn auch nach bewährten Mustern. So gleicht j. B. die dritte Szene des 3. Aktes verortet sehr dem Zwiegespräch zwischen Carlos und Philipp „Der Patriot“ liegt in zwei Faltungen vor. In einer Erzählung legte Neumann den Stoff nieder, bevor er an die Ausarbeitung seines Dramas ging. Die Alberttheater-Aufführung wurde von Arth. Kurtner's „Ensemble“ bestritten. Dieses Ensemble war eine Katastrophe. Es muß einmal offen ausgesprochen werden, daß die Starmethode der Berliner „Großen“ sich in unverzeihlicher Weise gerade bei diesen „Ensembles“ breitmachen. Zwei Versionen trugen die Handlung. Kurtner als Jar Paul, Neumann als Graf Vahlen. Nur hier habe illustrierte Leistungen. Die Geliebte Vahl wird von Kurtner menschlich so nahegebracht, daß man mit ihm zu leiden scheint, ebenso wie man ihn hüt mit Neumanns Vahlen. Wohl den Höhepunkt dieser darstellerischen Leistung bildet das Zwiegespräch zwischen den Antipoden. Da aber alles, was sich um beide gruppiert, über feinerlei Können verfügt, werden schauspielerisch diese Szenen einfach verfehlt. Volkstum unfähig und deshalb besonders peinlich berührend wirkt die Darstellung der Geliebten, Anna Diernann, die weder sprachlich noch darstellerisch auch nur einigermaßen Niveau zu halten imstande ist, sondern geradezu als lächerlich empfunden wird. Das ist das einzige, das alle übrigen Missetaten des Ensembles gemeinsam haben. * Etwas über diesem Niveau steht nur der Darsteller des Stepan (Walter Pirne). Siny kommen Bühnenbilder ältester wirkungslosster Art. All das beinträchtigt die Wirkung der Leistungen Kurtners und Neumanns und unterhüt die Schwäche des Stückes das nur Personen und Persönlichkeiten „att Klassen und Rollen, nur charakterliche Offiziere hat gefundener Maßstab und ein geschicktes Szenenbildchen hat zu Tode geheimer Revolutionäre zigt. Wenn also beide, Kurtner und Neumann, glaudter, ihr hohes Können besonders dadurch zu unterstreichen, daß sie sich ein unmögliches Ensemble zusammenholten, so werden sie wohl jetzt begreifen, daß diese Stratifig durch und durch falsch ist. Das Teudner Bourgeois-Publikum läßt sich ja selberhand bieten, wenn auch nur eine „Anone“ sich leben läßt, aber diesmal schien es doch ein wenig gestaut zu haben. Der Verfall war nur für Kurtner und Neumann bestimmt und nicht unweiblich gedämpft durch die Distanz eines solchen „Ensembles“, mit dem man Dresden's 11. utigheit verlohnen sollte. dg.

Plan und Wert

Bis zum 20. Mai haben Architekten im Ausstellungspalast an der Vennstraße Grundrisse, Maßstäbe, graphische Pläne, Photos Modelle ihrer Bauten ausgestellt. Daher: Plan und Wert. Unter 2 Dutzend Namen die Prominenten Föelkha-Kreis, Muesman und Leisnerow. Vom architektonisch-mittelständlichen Eindruck soll in diesem Zusammenhang nicht gesprochen werden. Interessant ist jedoch die Ausstellung in anderer Hinsicht. Sie erreicht nämlich erneut, wie fünfmal wenig auf dem Gebiete der Wohnungsreform und auf dem Gebiete des Heimstättenbaues für die breiten Massen geistlich. Zu sehen sind Landhäuser, Einzelhäuser, Verwaltungshäuser, Klubs, Kassen, Kantine für den Arbeiter, wohnl. Arbeiter, jeden, industrielle Anlagen, Gasthäuser, Hotels, — aber vor allem wenig Unterbringungsmodellierten für die breiten Massen. Es erreicht sich erweist, daß der Satz aus der Reichsregierung, der jedem Deutschen eine Wohnung verbürgt, eine Farsche ist, und eine Farsche bleiben wird, solange das kapitalistische System die Macht hat. Wenn Anhalt der Inneneinrichtungen reicher Leute, der künstlichen Glas- und Janggeräte wird der Volk in verbesserter Art die Haus- halten Seine ausgezehrte Arbeitkraft ist es, die alles dieses schafft. Dafür ist er in düsternen Mietkasernen zusammengepfercht, oder den bureaukratischen Ermäßigungen des Wohnungsamtes ausgeliefert. — Verales Interesse erweist ein Vangelan, der die Bebauung des Geländes, auf dem sich der alte Elias-Bau befindet, vorbildlich, ohne den Friedhof „Isidor“ selbst zu bebauen. Es wird vorge schlagen, ein „Kernmal“ nagebaude, dessen glatte, wüchserne Front wohl nicht ganz in die Nachbarhaft des immerveränderten Gerichts paßt. Wie geplant nur ein Vorbild, bis zu dessen Vermittlung wohl noch viel Baulie die Erk-entworfenen wird. Angesichts der erschlackernden Wohnungsnot des Proletariats kann man an dieser Ausstellung von Männern, deren Kunst die tägliche Beziehung zum Leben und zum Alltag hat, leider nicht die Freude haben, die die Qualität des gezeigten Materials verdient.

Tageskalender der Dresdner Theater

Vormittag, 10 Uhr: Opernhaus, 10 Uhr: Schauspielhaus. 11 Uhr: Schauspielhaus, 11 Uhr: Opernhaus. 12 Uhr: Schauspielhaus, 12 Uhr: Opernhaus. 13 Uhr: Schauspielhaus, 13 Uhr: Opernhaus. 14 Uhr: Schauspielhaus, 14 Uhr: Opernhaus. 15 Uhr: Schauspielhaus, 15 Uhr: Opernhaus. 16 Uhr: Schauspielhaus, 16 Uhr: Opernhaus. 17 Uhr: Schauspielhaus, 17 Uhr: Opernhaus. 18 Uhr: Schauspielhaus, 18 Uhr: Opernhaus. 19 Uhr: Schauspielhaus, 19 Uhr: Opernhaus. 20 Uhr: Schauspielhaus, 20 Uhr: Opernhaus. 21 Uhr: Schauspielhaus, 21 Uhr: Opernhaus. 22 Uhr: Schauspielhaus, 22 Uhr: Opernhaus. 23 Uhr: Schauspielhaus, 23 Uhr: Opernhaus. 24 Uhr: Schauspielhaus, 24 Uhr: Opernhaus. 25 Uhr: Schauspielhaus, 25 Uhr: Opernhaus. 26 Uhr: Schauspielhaus, 26 Uhr: Opernhaus. 27 Uhr: Schauspielhaus, 27 Uhr: Opernhaus. 28 Uhr: Schauspielhaus, 28 Uhr: Opernhaus. 29 Uhr: Schauspielhaus, 29 Uhr: Opernhaus. 30 Uhr: Schauspielhaus, 30 Uhr: Opernhaus.

Über 16 000 Selbstmorde aus Hunger

Die Erwerbslosen wählen Kommunisten

Am 20. Mai ist Neuwahl des Reichstages. An diesem Tage müssen die Erwerbslosen und alle, die in den letzten Jahren die Not der Arbeitslosigkeit spürten, ihr Urteil über die Taten dieser Republik abgeben. Die Erwerbslosen müssen fragen, was haben die Deutschnationalen, was Volkspartei, Zentrum und Demokraten für sie getan. Welches waren die Taten der Sozialdemokraten und wie haben sie für die Lebensinteressen der Arbeiter gekämpft? Demgegenüber müssen sie betrachten, was die Kommunistische Partei für eine Stellung eingenommen hat und was die KPD seit 1924 bis zum Tage der Auflösung des Reichstages getan hat, um die Not der Millionen der Erwerbslosen zu lindern.

Seit 1924 haben wir sogenannte „normale“ Verhältnisse. Trotzdem ist das Problem der Massenarbeitslosigkeit geblieben und gewinnt an Bedeutung.

Durchschnittszahlen der Hauptunterstützungsempfänger.

1924:	727 990	1925:	464 759	1926:	1 602 840
1927:	1. Januar	2 536 309	Arbeitsuchende		
	1. Oktober	890 193			
	15. Dezember	1 391 032			
1928:	15. März	1 796 000			

und nur 1 200 000 Hauptunterstützungsempfänger. Diese Zahlen beweisen, daß trotz günstiger Konjunktur eine erschreckend hohe Arbeitslosigkeit vorhanden ist. Schon im drohenden Anzeichen eines Konjunkturschwümmes vorhanden.

Der stufenweise Abbau der Erwerbslosenversorgung.

Die Weimarer Verfassung bestimmt im Artikel 161:

„Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundgesetzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen.“

Im Artikel 163 heißt es: „Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.“

Die Sozialdemokratie beauptet ständig, unter ganzem politischen Leben sei vom Geiste dieser Verfassung erfüllt. Die Arbeiter im Betrieb und besonders die Erwerbslosen werden aber diese Versprechungen der Verfassung, die nunmehr fast 10 Jahre auf dem Papier stehen, als Hohn empfinden. Doch der Staat nicht für die notwendigen Arbeitsmöglichkeiten gesorgt hat, daß er nicht durch die Einführung des 8-Stundentages und sonstiger Maßnahmen sich bemüht hat das Heer der Erwerbslosen zu vermindern, geht aus den angeführten Zahlen hervor. Aber auch die Versprechungen für den angemessenen Lebensunterhalt zu sorgen, sind unerfüllt geblieben. Seit 1918 sind drei Etappen in der Gestaltung der Erwerbslosenfürsorge zurückgelegt worden.

1918—1924 — die staatliche Erwerbslosenfürsorge. Die Mittel wurden vom Staat gegeben.

Nachdem die Sozialdemokraten dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt haben, wurde durch die Verordnung vom 16. Februar 1924 die Einführung der Beitragsleistung zu der Erwerbslosenfürsorge beschlossen.

Seit dem 1. Oktober 1927 ist das EWVG in Kraft. Dieses Gesetz wurde mit 356 Stimmen im Reichstage angenommen. Dafür stimmten Deutschnationale und Sozialdemokraten in gemeinsamer Front. Besonders die SPD verfuhrte dieses Gesetz als einen großen sozialpolitischen Erfolg der Sozialdemokratie hinzustellen. Doch dieses nicht der Fall ist, geht aus der Schlußfolgerung des deutschnationalen Abgeordneten Lambach, die er am 2. Juli 1927 im Reichstage hielt, hervor. Er sagte:

„Inwiefern heißt das Gesetz für uns eine Erfüllung von Wünschen dar, die wir in unseren Vorschlägen formuliert haben.“

Das EWVG bietet die Grundlage für die gesamte Versorgung aller Erwerbslosen und wird besonders in der kommenden Zeit alle seine Schattenseiten zeigen. Die Zustimmung zu dem Gesetz bedeutet nicht nur, daß die bis dahin geltenden Erwerbslosenfürsorgebestimmungen berichtigt wurden, sondern auch die zeitliche Aufgabe der Stellung der Gewerkschaftsleiter und der Sozialdemokratischen Partei, wie sie vor dem Kriege wiederholt festgelegt und besonders auf dem Kopenhagener Kongreß 1910 präzisiert worden war. Dort war beschlossen worden:

„Der Kongreß fordert von den öffentlichen Gewalten die von den Arbeiterorganisationen vermittelte, allgemeine obligatorische Arbeitslosenfürsorge, deren Kosten die Träger der Produktionsmittel zu tragen haben.“

Die Sozialdemokratie hat also in dieser wichtigen Frage, wie in vielen anderen Fällen, ihren einstmaligen Standpunkt völlig preisgegeben und sich den Forderungen der Kapitalisten untergeordnet. Die Auswirkungen zeigen sich sehr deutlich.

In der „Gewerkschaftszeitung“ wurde behauptet, der Kreis der Versicherungsplichtigen werde sich mit dem Kreis der Versicherungsberechtigten. Demgegenüber sei festgestellt, daß am 15. März von 1 796 000 Arbeitsuchenden nur 1 200 000 nach dem EWVG unterstützt wurden. Fast 600 000 waren auf Krisenunterstützung oder Wohlfahrtsunterstützung angewiesen. Von den 600 000 erhielten nur 212 800 Krisenunterstützung. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Krisenunterstützung nicht nach dem Sinne des EWVG, sondern unter Heranziehung der Bedürftigkeitsprüfung nur als obligatorische Wohlfahrtsunterstützung betrachtet wird.

Die Dauer der Anwartschaft wurde auf 26 Wochen erhöht, gegenüber 13 Wochen bei der Erwerbslosenfürsorge. Dadurch erhielten allein 147 000 Personen, die sonst Erwerbslosenfürsorge bezögen würden, Krisenunterstützung.

Die Unterstützungsdauer wurde auf 26 Wochen beschränkt. 65 000 Arbeitslose wurden dadurch aus der Hauptunterstützung ausgeschlossen.

Die Karenzzeit wurde durch besondere Verordnung für Saisonarbeiter bis auf drei Wochen und neuerdings für alle anderen auf sieben Tage verlängert.

Für Saisonarbeiter wurde die Unterstützungshöhe herabgesetzt und die Unterstützungsdauer eingesenkt.

Für diesen latenten Abbau der Unterstützung trägt die Sozialdemokratie die volle Verantwortung. Bei der Beratung des Gesetzes hat sie alle kommunistischen Anträge, die sich gegen diese Vorparagrafen und Auslegungsmöglichkeiten wandten, gemeinsam mit den Deutschnationalen niedergestimmt. Im Verwaltungsrat der Reichsanstalt hat sie den ganzen Berichtigungen ihre Zustimmung gegeben.

Die Deutschnationalen und die anderen bürgerlichen Parteien sind von dieser Hilflosigkeit der SPD ganz begeistert. So schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ am 11. April 1928:

„... Am 11. den führenden Vertretern des Unternehmens und der Gewerkschaften eine grundsätzliche Einigung über die Behandlung der beruflichen Arbeitslosigkeit erzielt ist, nämlich in der Richtung, daß die Wartezeit über das normale Maß hinaus verlängert, die Unterstützungsdauer verkürzt und darüber hinaus in belästigenden Bedingungsfällen eine Art Krisenlöhne gewährt wird.“

Hier wird bestätigt, daß die Sozialdemokratie fleißig an der weiteren Verlesung der Arbeiter mitarbeitet. Das deutet sich auch vollständig bei der Stellung der sozialdemokratischen Presse. Inwieweit der Verlängerung der Wartezeit schrieb die „Gewerkschaftszeitung“ am 2. Dezember 1927:

„Die Verordnung bringt neben einer begründungswerten Lösung...“

Viele Angestellte, Intellektuelle und erwerbslos Arbeiter befinden sich unter ihnen. Zu diesen Selbstmordopfern kommt noch die unabwehrbare Zahl derer, die an typischen Proletariatsbedingungen an Unterernährung zugrunde gehen, als Folge der Arbeitslosigkeit.

Die SPD mit Gummihübel und Bombgranaten gegen Erwerbslose.

Da die Millionen der Erwerbslosen nicht gemüßigt werden können, so gehen, verfluchten sie immer wieder die Kundgebungen und Demonstrationen den Staat und die Kommunen zu umgehen, die Unterstützungen zu erhöhen oder sie zu Ausgesetzten wieder zu bewilligen. Bei der Abweisung solcher Kundgebungen zeichneten sich die sozialdemokratischen Parteipräsidenten durch besondere Brutalität aus. In Berlin, Stettin, Kiel, Breslau usw. wurden Panzerwagen für die Erwerbslosen verbrennt, die Demonstrationen durch Polizeigewalt einmündig geendet. In Breslau wurde bei einer solchen Demonstration ein Erwerbsloser erschossen. Hunderte von Erwerbslosen wurden, nur weil sie demonstrierten, ins Gefängnis geworfen. Niemals und nirgends trat die SPD weder in Kundgebungen noch im Reichstage diesen Brutalitäten entgegen. Gegenteil, sie schob der Kommunistischen Partei die Schuld an diese Demonstrationen zu, weil dadurch „Ruhe und Ordnung“ im Staat gefährdet werden.

Als im Thüringer Landtag die kommunistische Fraktion allem Nachdruck verlangte, daß die Anträge der Erwerbslosen behandelt werden, wurden sechs kommunistische Abgeordnete sozialdemokratischen Landtagspräsidenten von der Sitzung ausgeschlossen. In fast allen Städten und Kommunen stimmte die SPD stets gegen die von den Erwerbslosen eingebrachten Wünsche, im selben Augenblick gewaltige Summen für nationale Projekte zu bewilligen oder den Unternehmern Steuererlässe zu bewilligen.

Die Kommunisten — die einzigen Interessenvertreter der Erwerbslosen.

In der Erwerbslosendebatte, in allen Parlamenten, es nur die Kommunistische Partei, die sich für die Anträge der Erwerbslosen einsetzt und ständig bemüht war, Verbesserungen zu erzielen. Wir legen den Erwerbslosen auch bei dieser Wahl die soziale Frage der Arbeiterklasse und die Lage der Erwerbslosen kann nicht durch den kapitalistischen Staat eine befriedigende Lösung finden. Um das zu erreichen, ist es notwendig, daß die Arbeiter selbst die politische und wirtschaftliche Macht in die Hände nehmen und die kapitalistische Gesellschaftsordnung die sozialistische ersetzt wird.

Wenn die Erwerbslosen für die KPD stimmen, so bewilligen sie dadurch auch, daß sie mit ihren im Betrieb lebenden Kollegen den politischen Kampf um ihre Befreiung zu führen bereit sind. Bis zur Erreichung dieses Endzieles wird die KPD mit aller Entschiedenheit weiter eintreten für die Schaffung einer Erwerbslosenfürsorge gemäß den Kopenhagener Beschlüssen. Für die Beseitigung des EWVG, für eine Erwerbslosenfürsorge, die in ausreichender Höhe für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit gesichert wird, für die Beseitigung der unteren oder höheren, für die Krisenlöhne unter Vorfall der Bedürftigkeitsprüfung für die Dauer der Erwerbslosigkeit. Wir kämpfen für die Beseitigung der Wartezeit und gegen die schändlichen Methoden der Arbeitsämter und die Zwangsverschickung der Erwerbslosen.

Die Verbesserung der Unterstützung und die restlose Erfüllung aller Erwerbslosen durch die Unterstützung ist nur eine Seite unseres Kampfes. Unser Hauptkampf besteht in dem Kampf für die Unterbringung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess, für strikte Durchführung des Achtstundentages, um neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, Fertigstellung von Arbeitsbeschaffungsprogrammen in den Gemeinden, Ländern und im Reich, Beseitigung genügender Mittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge. Das Vertrauen der Massen zur KPD muß dadurch zum Ausdruck kommen, daß alle Erwerbslosen am 20. Mai nur

kommunistisch wählen.



Eine Erwerbslosenfamilie exmiliert

Als eine Hungertat von drei Wochen ist für die SPD eine begründungswerte Lösung.

Kerner sei noch daran erinnert, daß unmittelbar vor der Auflösung des Reichstages im Haupt- und Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages Anträge der Kommunistischen Partei zur Beratung standen, durch die eine Beseitigung solcher Bestimmungen gefordert wurde, durch die Erwerbslose von der Unterstützung ausgeschlossen werden.

Wieder war es die Sozialdemokratie, die mit den Deutschnationalen gegen diese Anträge stimmte.

Selbstmordrekorde in Deutschland.

Deutschland steht an dritter Stelle aller europäischen Staaten mit der Selbstmordzahl. Auf 1000 Einwohner entfallen jährlich 23 Selbstmorde. Die Haupttriebfraft ist die materielle Not.

1924	14 000
1925	15 000
1926	16 000

Mit zwei, drei Tellen gehen die Tageszeitungen über die sich häufenden Selbstmordfälle hinweg. Es sind nicht nur Arbeiter, die mit ihren Familien zum Selbstmord getrieben werden.



Wählt Kommunisten, Liste 5!

Die werttätige Frau an die Wahlfront!

der bringen durch alle Türspalten in die Mietkafnern, Heimarbeitersubven, in die Landarbeiterkassen, Plättchen, die zur Wahl taufen.

Wieder Wahlen? Nein! Was hat uns das letztmal genützt? denkt man die Arbeiterfrau. Das Leben ist so schwer genug, so verdammt man wenig die Politik. So die Gleichgültigen, die Hoffnungslos gewordenen und auch die am Stimmzettel Verweilenden.

In der Fabrik und im Büro

Millionen Frauen und Mädchen. Die Zahl wächst ständig: 1926/27 warf allein die Summe Kontinental, Hannover, 1300 Männer heraus und stellte Frauen dafür neu ein. Und rascher als ihre Zahl, wächst die Arbeitsanforderung. Statt 50 Spindeln bedient eine Spinnlerin heute 120, statt 100-500 Stiche macht die Nähmaschine heute 3000 Stiche in der Minute. Und jeder Meter bis zum Zerreißen angepinnt ist, während die Zahl der Arbeiterinnen an der Maschine für eine größere Zahl von Frauen nach viele Stunden an der Arbeit im Haushalt vorliegen — keine Verkürzung der Arbeitszeit, noch nicht einmal Durchführung des Achtstundentages. In der größten Frauenindustrie — in der Textilindustrie — arbeitet sogar am längsten: 77,1 Prozent der Textilfabrikarbeiterinnen über 8 Stunden.

Der Gehalt bei wachsender Arbeitsleistung nicht wenigstens, verschwindet nicht die Spanne zwischen Männer- und Frauenlohn? Eine langjährige gelbe Revolverdrehlerin in der Berlin bringt 28 Mark in der Woche heim, — der Revolverdrehler dagegen 40 Mark. — Eine geschickte Spinnlerin bringt in gleichen und ähnlichen Textilorten auf 18 bis 24 Mark. Prozent aller Arbeiterinnen, so heißt die Regierung selbst eine Erhebung vor einiger Zeit fest, verdienen 124 Mark. Die Hälfte der Lohn hier und dort um einige Pfennige, aber die Arbeiterinnen noch schneller.

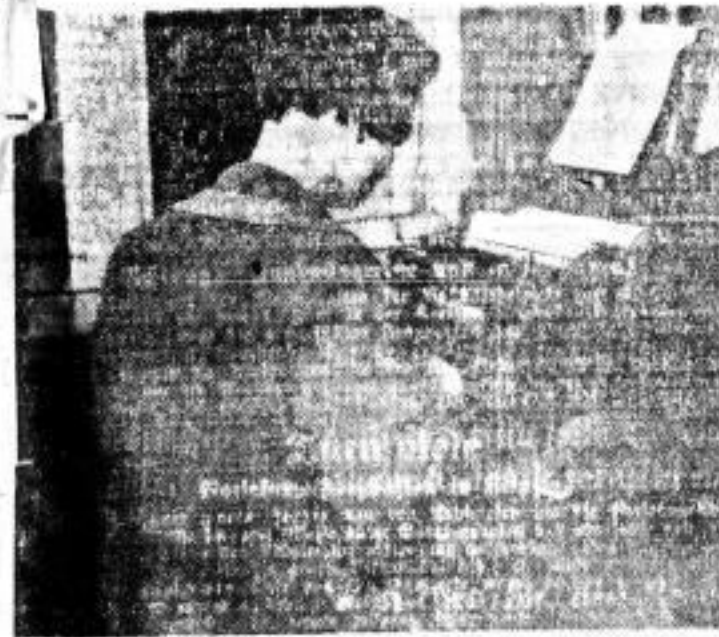
Die Angestellte hat es nicht besser. Das Monatsgehalt einer perfektionierten Stenotypistin beträgt 60 Mark bis 125 Mark. Die Verkäuferin ist nicht besser und bleibt hinter dem ihres Kollegen um 10 bis 20 Prozent zurück. Aber guter und gepflegter Verkäufer ist Vorbedingung. Reicht das dazu nicht, so müssen Nebenverdienste gesucht werden. Arbeit im Büro ist, so „spielend leicht“ sie aussieht, auf für Körper und Geist. Die Verkäuferin ist am späten Abend die Gasthausangestellte erst in tiefer Nacht mit ihrer Arbeit fertig.

Die Beamtin, die um ihre Stellung beneidet wird? Die Beamtin der unteren Gruppen aber beträgt 100 Mark und ist oft niedriger als das einer angelegenen Beamtin. Die Bürgerblockregierung hat zwar den höheren Gehältern mit Scheffeln, dem unteren aber kaum mit Köpfeln. Sie hat in der Zeit des großen Beamtenabbaus vor der Frau auf die Straße gesetzt und nimmt noch heute, Reichstagsabgeordnete Pöbers vor kurzem mitteilte, der Zeugnisse viel eher Männer als Frauen in ihren Händen.

Der Not der Heimarbeiterin und Landarbeiterin

Die Heimarbeiterin braucht nicht in die Fabrik. Sie kann bei Heiden und nach den Kindern leben. Aber um welchen Preis? Die Elendsdörfer im Erzgebirge, die Spielzeugdörfer im Harz, die Hinterhöfen der Berliner Mietkafnern, die in diesem Dörflein erzählen, 12 bis 20 Mark verdienen, sind noch ganze Arbeiterfamilien (Wuppenmacher) mit Mann, Frau und 3 Kindern. Was es an Lohn zu wenig gibt, muß an Arbeitszeit ausgeglichen, muß an Greifen- und Kinderarbeit hineingeschoben werden. Zum schlimmsten Antrieber wird die beste Mutter ihrer eigenen Kinder, die sie neben sich verkommen sieht. — Der Hunger schwingt die Peitsche hinter ihnen.

Und die Bürgerblockrepublik mit ihrem „Heimarbeitergesetz“? Sie hat Sachausweise geschaffen, aber die existieren nicht.



Die Lohnsklavinnen im Büro

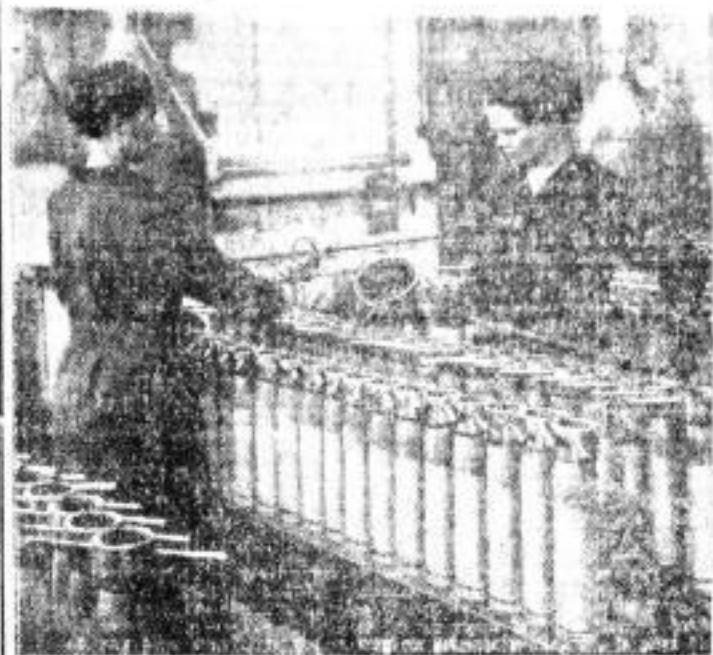
entweder nicht, aber sie legen Mindestlöhne fest, wie der Sachausweis für die ergebungslose Polamentenindustrie, der noch im November 1927 18 und 19 Pfennig Stundenlohn für auswärts arbeitende Heimarbeiterinnen festsetzte. Für manche Heimarbeiterdörfer steht heute die Frage: Auswandern oder verhungern. Oder — gemeinsam Kampf mit der Industriearbeiterin.

Der Landarbeiterin trägt die Frau das doppelte der Ausbeutung. 18 bis 20 Pfennig Lohn gibt es für die Landarbeit, und die Landarbeiterin, wie auch ihre Kinder, sind laut Vertrag verpflichtet, mitzuarbeiten; bei Strafe Andigung des Familienernährers. Pöbelge ihres Herrn.

In allen werttätigen Schichten qualzt sich die Frau als Schaffende, als Hausfrau und Mutter.

Die Wohnungsmiete stieg während der Zeit der Bürgerblockregierung um 30 Prozent, um so höher, da gleichzeitig der Wirterschutz aufgehoben wurde, und bei Mißachtung das Grundgesetz der Obdachlosigkeit droht. Die Lebensmittelpreise stiegen, der Obdachlosigkeit droht. Die Lebensmittelpreise stiegen, der Obdachlosigkeit droht. Die Lebensmittelpreise stiegen, der Obdachlosigkeit droht.

Mit dem wachsenden Zwang zum Mütterdienen wird die Last der Mütterlast immer unerträglicher. Die Mütterlast vor dem Kinde nimmt von Jahr zu Jahr zu. Trotz Gefährdung nach § 218, trotz drohenden Strafschicksals und der Möglichkeit tödlicher Erkrankungen wählten die Abtreibungen.



Proletarierinnen in der Munitionsfabrik

Von 1918 bis 1926 sank die Geburtenziffer von 26,5 auf 19,5 und sinkt seitdem weiter, während in der russischen Ukraine die Geburtenziffer 42,1 auf das Tausend beträgt.

Was ist zu tun?

Ausgebeutet in Fabrik, im Büro und auf dem Felde, ausgebeutet auf dem Warenmarkt, betrogen um Jugend, Gesundheit, geistiges Wachstum und sogar um die Mutterfreuden, so leben die proletarischen Frauen in kapitalistischer Ironie. Aber langsam gehen ihnen die Augen auf: Schon kämpfen die Arbeiterinnen in den Betrieben tapfer um Lohn und Arbeitszeit, ja kämpfen gegen die Schiedsrichterkasse. In allen Wahlen der letzten Zeit sind die Frauen wie die Männer nach links abgewandert.

Die Wahlwahl muß diesen Kurs nach links verstärken, muß zu einer mächtigen Demonstration auch der geschäftigten Frauen werden. Die Frau darf nicht der Wahl fernbleiben, denn auch das Wählen kann eine Tat sein. Das richtige Wählen! Nichtig nicht nur deshalb, daß die Partei gewählt wird, die allein Freundin und Helferin der arbeitenden Frauen ist. Wichtig vor allem nur dann, wenn in der Abgabe des Stimmzettels das Handeln sich nicht erschöpft, sondern wenn das Wählen selbst nur ein Teil des allseitigen Kampfes der Werttätigen gegen Kapitalwillkür und Reaktion ist.

Welche Partei wählen?

Deutschnationale, Volkspartei, Zentrum und demokratische Freiheitsschwärmer, sozialdemokratische Menschheitsbetrüger — sie alle suchen die Millionen der Frauen für sich einzufangen.

Die Deutschnationalen haben den Frauen die Hölle auf Brot und Fleisch, den Mietwucher und die Teuerung beschert. In trauem Verein mit dem Zentrum haben sie Konterkreuzer für neue Kriege bemittelt, aber kein Geld zur Bewilligung der Kinderspeisung übrig gehabt.

Das Zentrum, das die „Heiligkeit“ der Familie preist, hat nicht nur morder beim Fleisch- und Brotwucher mitgeholfen. Es hat auch nichts gegen das unheilvolle Wohnungsgeld getan, es hat jeden wirklichen Schutz der schwangeren Arbeiterinnen verweigert und dafür alles getan, um den Schwangerschaften 215 aufrechtzuerhalten. Die Heiligkeit der Familie wurde zum Hohn.

Alle diese bürgerlichen Parteien haben wenig Erfolg bei der nur einigermaßen klar denkenden werttätigen Frau. Doch wie steht es mit der Sozialdemokratie? Ist nicht die Sozialdemokratie eine „Arbeiterpartei“? Verfolgt man etwas genauer die ganze Politik der Sozialdemokratie, so zeigt sich gar bald, daß diese Partei nicht die Interessen der Werttätigen, sondern der Kapitalistenklasse vertritt. Die sozialdemokratischen Führer haben wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß Streiks und Wirtschaftskämpfe den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, d. h. der kapitalistischen Wirtschaft, nicht stören dürfen. Die Sozialdemokraten haben die ganze volksfeindliche Politik des Reichstags mitgemacht. Sie sind für Schiedsprüche und Schlichtungen anstatt des Kampfes. Immer haben die Gewerkschaftsreformisten die Arbeiterinnen, die oft genug aus eigenem Antrieb gegen Hungerlöhne und Heberarbeit sich zur Wehr setzen, allein gelassen, ihre Streiks abgewürgt. Sie haben es nicht einmal gewagt, im Reichstag für die Forderungen ihrer eigenen Parteigenossen vom Textilarbeiterverband zum Schutze für Mutter und Kind einzutreten. Und jetzt im Wahlkampf bereiten sie sich auf neue Koalitionen (Arbeitsgemeinschaft) mit der Bourgeoisie gegen die Werttätigen vor.

Um was geht der Kampf der Kommunistischen Partei?

Die Kommunisten versprechen nicht, daß sie durch das Parlament den schaffenden Frauen die Rettung bringen werden. Um eine Besserung der Lage zu erzielen, ist rücksichtsloser Kampf außerhalb des Parlaments notwendig. So wie in Sowjetrußland, wo die Frauen die größte Freiheit und die größten Vorteile erlangt haben, müssen auch wir kämpfen. Aber die Kommunisten vertreten auch im Parlament die Interessen auch der ausgebeuteten Arbeiterin. Sie haben als einzige Partei ein Gesetz für einen wirklich durchgreifenden Schutz für

Mutter und Kind dem Reichstag vorgelegt und die proletarischen Frauen aus Fabrik und Hinterhof durch Versammlungen und Ausstellungen für ihre Forderungen mobilisiert. Sie haben in allen Wirtschaftskämpfen auf der Seite der kämpfenden Arbeiterin gestanden. Sie allein haben gegen Mietwucher und Teuerung einen wirklich energiegelassen Kampf durchgeführt.

Während der Beratungen über den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums hatte die kommunistische Fraktion eine Reihe von wichtigen Anträgen auf sozialpolitischem Gebiete gestellt, die besonders für die Frau von größter Wichtigkeit sind. So forderten die Kommunisten:

Der Reichszuschuß zur Familien-Wohlfahrt wird von 50 Millionen Mark auf 150 Millionen Reichsmark erhöht.

Zur Zweite der produktiven Erwerbslosenfürsorge werden 150 Millionen Reichsmark in den Etat eingelegt.

Das Gesetz über die Beschäftigung von Frauen vor und nach der Niederkunft ist auch auf die Landarbeiterinnen auszuweiten. Die in der Landwirtschaft Beschäftigten sind unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung zu stellen.

In der Wohnungsfrage soll die Reichsregierung ein Wohnungsbauprogramm aufstellen, das bis auf weiteres jährlich 320 000 Neumwohnungen für die arbeitende Bevölkerung herstellt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stimmte geschlossen mit den bürgerlichen Parteien gegen diese u. a. Anträge der Kommunisten.

Die Kommunisten beantragten Kürzung des Etats der Justiz, Polizei und Kirche, dagegen für Bekämpfung der Tuberkulose.



Heimarbeit — Elendsarbeit

zufolge statt 800 000 Mark 70 Millionen Mark, für Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit statt 600 000 Mark 40 Millionen Mark, für Bekämpfung übertragbarer Krankheiten statt 100 000 Mark 1 Million Mark, für Errichtung von Beratungsstellen für Geschlechtskranke 8 Millionen Mark. Die SPD. stimmte mit den bürgerlichen Parteien im Wohlfahrtsausschuß gegen sämtliche Anträge der Kommunisten.

Welche Schlussfolgerungen muß jede Klassen- und zielbewusste Frau daraus ziehen? Wenn sie am 20. Mai den Wahlgang antizipiert, so muß sie ihre Stimme nur der Partei geben, die sich als einzige Partei für ihre Interessen einsetzt. Das ist die kommunistische Partei. Die SPD. kämpft gegen die drohende Kriegsgefahr, kämpft für die Beizettelung der Menschheit zum Joch des Kapitals.



Alle proletarischen Frauen in der Kampffront — wählen Kommunisten, Liste 5!

69. Verbandstagung der Konsumvereine Gachens

Die Genossenschaftsbureautante drückt der NSP ihre Sympathie aus - Kampf gegen die Kommunisten

Am Anfang des ersten Verhandlungstages tauchten die Bureautante gegenüber Nimmenskränke aus. Selbst der alte Kosen empfand viele Selbstbewunderungen etwas zu kurz und meinte sich deshalb zum Wort und sagte: Im Kampf sind die Konsumvereine groß geworden.

Der zweite Verhandlungstag war ein Kampf! In der Sache der Verhandlung stand eine Entschiedenheit des Geschäftsführers Grundt vom Chemnitz Konsumverein. Der Kommunisten den Kampf ansetzte. Was war die Ursache? Der Kampf brachte am Sonntag einen Artikel vom Konsumverein über die Kampfweise der Auer Sozialdemokraten gegen die Kommunisten leitete. Das war auch die einzige "Verle", die die sozialdemokratischen Führer gegen die Kommunisten vorbringen konnten. Wie von einer Lanze gestochen, wälzten sie sich nach jedem kommunistischen Redner in persönlicher Begegnung gegen die Kommunisten. Sachlich vermerken sie auch nicht ein Wort zu erwidern. Der Reimbürgerliche Kleiner blühte sich ganz besonders auf, als wollte er einen Kommunisten nach dem anderen beschreiben. Auch hatte er gar nicht notwendig, sich zu Worte zu melden, denn auf dem Wortwechsel vom Genossen Granz war der Name Kleiner gleich mit draufgeschrieben. Grundt leitete allem die Krone auf, indem er die Genossenschaft aufklärte dem Kampf keine Interzesse mehr zukommen zu lassen. Dafür wurden die Genossenschaften gegen ihren Willen mißbraucht und auf ihre Kosten im Chemnitz Tagblatt und in der tatsächlichen Zeitung der NSP, Volkswacht genannt, ein parasitäres Interzesse aufzuweisen, was aller Wahrscheinlichkeit nach Herr Grundt befragt sei. Alle Kampf gegen die Kommunisten und Brüderlichkeit mit den Deutschen und Nationalen. So konnte auch der Oberführer Reichenbach ungehindert, trotzdem er nicht delegiert war, die Genossenschaftsbureautante passieren, die noch nicht Mitglied der NSP sind.

In den Geschäftsberichten wurde allgemein betrautes Material vorgelesen. Nach den Berichten von den Sekretären Geschäftszweig und Böhm zeigte eine lebhaft Diskussion ein.

Genosse Frühling (Schwarzenberg) hob die Sache gegen den Kämpfer ab, indem er erklärte, daß in dem Artikel wohl einige Wendungen vorhanden sind, die nicht aufrechterhalten werden können, die Schuld tragen aber nicht die Kommunisten und der Kämpfer, sondern im Gegenteil die Geschäftsleitung, die eine widerwärtige Kampfweise gegen die Kommunisten entfaltete. Trotz Bereitwilligkeit zur Genossenschaftsarbeit werden die Kommunisten von jeder Mitarbeit ausgeschlossen. Als er noch die Anfertigung in der NSP-Zeitung kritisieren wollte, wurde ihm von Kleiner kurzerhand das Wort entzogen.

Genosse Pfeil (Ehrenriedersdorf) behandelte die Unterführungsfrage der Konsumvereine bei Streiks und Kaspertungen, zu der folgende Entschcheidung eingebracht wurde:

Antrag des Konsumvereins Ehrenriedersdorf. Der jährliche Unterführungsbeitrag des Konsumvereins zur Unterstützung von Arbeiterkämpfen die Einrichtung besonderer Unterstützungsfonds zu empfehlen. Bei Ausbruch der Kämpfe sollen die Konsumvereine, je nach Bedeutung und Dauer der Kämpfe, im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit Unterstützung gewähren.

Er erklärte: Wenn die Geschäftsleitung dies nicht für notwendig hält, werden die Genossenschaftler, welche im Produktionsbereich ihre Erzeugnisse verkaufen, dies einfach nicht verstehen, weil dadurch der Preisnotstand der Genossenschaften von der Leistung ihres eigenen Unternehmens erschwert wird.

Genosse Granz (Limbach): Wir wenden uns wieder mit einer Entschiedenheit gegen die Forderung der Konsumvereine. Schuld daran sind die Sozialisten, die ein Teil der NSP sind, weil sie im Landtage den Antrag der Kommunisten niedergelegt haben. Wir wenden uns auch gegen die Verhinderung der Geschäftsleitungen der großen Konsumvereine, denn durch diese Verhinderungspolitik wird der Arbeiterkampf für und vor geschwächt. Die NSP will den großen Konsumvereinen zeitlos die Achtung ausüben. Die bürgerliche Einstellung dieser leitenden Funktionäre birgt die Gefahr in sich, daß die Konsumvereine in ihrer Entwicklung gehemmt werden. Das ist wohl auch der Grund, warum wir jedes Jahr vom Vorstandstisch dieselben Reden hören. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung ist so ziemlich spurlos an den leitenden Kreisen vorbeigegangen. Alle Reden vom Vorstandstisch zeigen, ideologisch betrachtet, eine gewisse Verkümmertum. Wir hören Reden von einem Regierungsrat ohne jeden großen Zusammenhang und eindeutig muß die Frage Klassenkampfhaftigkeit gestellt werden. Tritt, wo die Frage nicht so gestellt wird, in letzter Stunde und Spiechertum der Hinderungsgrund. Selbst die Kritik vom Sekretär Böhm war ein Zeichen ortspolitischer, vornehmlicher Einstellung verschiedener leitender Genossenschaftsfunktionäre. Nicht uns unsere sichbürgertliche Ruhe, in ihre Partei-Wäre dem nicht so, so würde unsere richtige genossenschaftliche Linie mehr zum Durchbruch kommen.

(Schluß folgt)

Zum Verbandstag des Fabrikarbeiterverbandes

(Mitteilungsorgan)

Am Sonntag dem 13. Mai haben die Versammlungen statt. Da nun dieser Verbandstag darüber entscheiden wird, ob der NSP funktionäre Kampferwerblich oder Unterführungsorgan in sich selbst muß dieses auch Maßstab bei den Unwahlen sein. Wenn Kampferwerblich wird, entzogen früheren Beschlüssen der Verbandstage (die Nebenunterschiede abzuheben) zumindestens aber nicht weiter auszuheben, neu vorzuschlagen, eine Anordnungsunterstützung einzuführen. Allen Versammlungen haben es die Bureautante dieser verstanden, die Diskussion über diese Angelegenheiten. Deshalb sollen hier noch einmal kurz die Auswirkungen dieser geplanten Unterführungsauflösung werden.

Nehmen wir hierzu einmal als Maßstab die letzte Vierteljahresrechnung einer Fabrik. Nach dieser wurden im vergangenen Vierteljahr ausgerechnet für Kranken- und Erwerbslosenunterstützung rund 30 Prozent, für Streikunterstützung rund 30 Prozent und für Verwaltungskosten rund 20 Prozent, insum 80 Prozent, so daß für alle übrigen Ausgaben (Kantinen, Kassenbeiträge usw.) ganze 15 Prozent verbleiben würden. Beachten wir nun die weitere Tatsache, daß tatsächlich das Unterführungsmitglied keineswegs das schlechteste zu nennen ist, so sehen wir, daß heute schon die für viele Mitglieder hohen Beiträge kaum ausreichen. Wenn nun noch die geplante Anordnungsunterstützung eingeführt wird, bedeutet das nicht mehr und nicht weniger, als daß eine große Beitragsverhöhung eintritt, die auch vom Verbandstag beantragt ist und die für einen großen Prozentsatz der Mitglieder untragbar wird. Wie sind die letzten, die der Gewerkschaft die Mittel zu ihrem Hauptzweck - dem Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen - vorzuziehen. Die aufzubringenden Mittel aber zu Nebenunterstützungen zu verwenden, halten wir für falsch, um so mehr dann, wenn die notwendige Beitragshöhe die Zahlungsgrenze der Mitglieder zu übersteigen droht, was nach dem Plan des Verbandstages der Fall sein würde. Eine Werbung neuer Mitglieder unter der großen Zahl Unterführer wäre bei Annahme der Vorstandsposition einfach unmöglich. Nun trifft es zu, daß den heutigen Gewerkschaftsverwaltungen an der restlichen Gewinnung der Arbeiter für die Organisation nichts gelegen ist. Anders jedoch steht die Frage für den, der die Gewerkschaften als Kampforgan erhalten will. Wer dies will, muß befreit sein, alle Berufsangehörigen der Organisation zuzuführen. Die Opfer der Nationalisierung (Kranke, invalide und erwerbslose Arbeiter) zu erhalten ist Staatsaufgabe, ist nicht Selbsthilfeaufgabe der Arbeiter. Die, welche von den Reformen abweichende Einstellung ist nicht (wie es die Reformisten haben darstellen) gegen die Opfer des kapitalistischen Anordnungsmitglied. Im Gegenteil, indem die Reformisten in der kapitalistischen Staat diese Ausgaben sparen helfen, werden die Arbeiter immer mehr mit Ausgaben von ihrem Verdienst belastet und der Kampf gegen die Ausbeuter abgemindert.

Die Kandidaten der Opposition zu den Unwahlen im Fabrikarbeiterverband

Zum Gewerkschaftsorgan

Nur Nr. 6: Max Eißermann, Waldheim bei Chemnitz wählen, alle anderen 6 Kandidaten freilassen.

Zum Verbandstag

Für Zahlstelle Dresden: Berthold Schädlich, Glasmacher, Wilhelm Klein, Chemiarbeiter, Waldemar Krause, Papierarbeiter.

Für Zahlstelle Meißen: Walter Hülsherr, Vorstehermaler, Wilhelm Herron, Glasmacher.

Für Zahlstelle Radeberg: Max Gottig, Großbrau, Betrieb Kraftstoffe W. Stollmacher, Pflanzwerder.

Für Zahlstelle Freiberg: Alle freilassen, da kein oppositioneller Kandidat, aber zum Gewerkschaftsorgan Nr. 6 wählen.

Für Zahlstelle Heidenau-Pirna: Karl Peters, Pirna.

Für Zahlstelle Sebnitz: Josef Hahberg, Sebnitz.

Für Zahlstelle Jittau-Radeberg: Hans Wächter, Radeberg.

Für Zahlstelle Ottendorf-Ostritz, Schwepnitz, Radeburg, Großenhain: Alle freilassen alle Kandidaten freilassen. In Ottendorf-Ostritz kein oppositioneller Kandidat, da rechtzeitige Mitgliederzusammenkunft verhindert, aber zum Gewerkschaftsorgan Eißermann, Waldheim wählen.

Die Wahllokale werden am Ende der Woche in der Zeitung bekanntgegeben.

Streit im Textilwerk Thomas, Radeberg

Die Forderung der Firma Thomas, Radeberg, in den Streit getreten. Der Zusatz wird gemacht.

Schiedspruch für die Berliner Holzindustrie

Im Kampf der Berliner Holzarbeiter wurde am Sonnabend ein Schiedspruch gefällt, der für die Geleierten ab 5. Mai eine Lohnzulage von 4 Pfennig pro Stunde und in der Spitze portiert und für die Hilfsarbeiter von nur 3 Pfennig. Ab 1. Oktober kommen hierzu für Geleierte wie Hilfsarbeiter weitere 3 Pfennig pro Stunde.

Die Erklärung des Streiks für diesen Schiedspruch läuft bis zum Donnerstag, dem 10. Mai. Das Abkommen soll eine Gültigkeit bis ultimo Februar 1929 haben.

Dieser Schiedspruch ist eine unerhörte Verhöhnung der kämpfenden Holzarbeiterschaft. Die aufgestellte und eingehende Forderung betrug 15 Pfennig pro Stunde und für alle Kategorien. Demgegenüber dieser Schiedspruch! Hier kann es nur einmütige Ablehnung des Schiedspruchs geben.

Holzarbeiter!

Die einseitige Stellungnahme des Verbandes anlässlich der Reichstagswahl zugunsten der NSP zwingt uns zu Gegenmaßnahmen. Deshalb alle NSP- und KPD-Genossen am Freitag dem 11. Mai, 19.30 Uhr, (1/8) nach dem Brandenburger Hof

zu einer wichtigen Besprechung.

Kein Genosse und keine Genossin darf fehlen! Alle haben zu erscheinen! Partei- oder KPD-Mitgliedsbuch sowie Verbandsbuch sind zur Kontrolle mitzubringen. Ausgabe von Material.

Achtung! Fabrikarbeiter!

Sonntag den 13. Mai Urwahl!
Wählt nur Kandidaten der Opposition!

Alle Mitglieder des Verkehrsbundes

müssen am Freitag dem 11. Mai, 19 Uhr, zu einer äußerst wichtigen Sitzung im Brandenburger Hof erscheinen. Kein Genosse, keine Genossin darf fehlen. Bezirksleitung.

Verantwortliche Funktionäre: für Unruh- und Bekleidungsbranche: Rudolf Koenig; für Verkehrsbereich: Sport und Ausflüge: Richard Spang; für den Unterhalt: Gerhard Gutzert; für die Dresden, Berlin: Dresdener Verkehrsvereine - Treff: „Vauban“ Dresdenerstraße Dresden



Einzahlungen auf Postcheckkonto Dresden 262 67 (Cito Gabel)

Stimmt am 20. Mai für
Liste 5!

Passagiere der Klasse III

ROMAN VON KURT KLÄBER

Der Franzose blieb stehen. „Sie sind doch hinter mir her?“ Er hemmte sich auf die Reiting und schloß die Augen.

„Weil du delirierst bist?“

Der Franzose nickte. „Wenn Sie erfahren haben, daß ich heute komme, so holen Sie mich gleich vom Schiff!“

„Weiß das denn Frau auch?“

„Rein!“ antwortete der Franzose. „Aber so kann ich Sie und die Kinder noch einmal sehen, bevor Sie mich einperrten.“ Er schüttelte sich und hemmte sich leicht.

Der Belgier ging vorbei.

„Wir fahren wieder!“ rief er dem Dänen zu. „Dort!“ er zeigte nach der Küste, das Häulermeer ist schon Fortsmouth!“

Der Däne ließ zu ihm hinüber. Die Reiting gab aus dem Wasser wie ein gewaltiger, feinerer Berg. Vor dem Hafen kreuzten einige Torpedoböte. Sie führten Spiralen und tanzten auf den Wellen wie große Fische.

„Kanonen!“ sagte der Däne und wies auf die dunklen Röhre, die über die schwarzen Schiffsleiber standen.

Der Belgier lachte. „Das ist das Gesicht John Bulls!“ sagte er, „und das Ganze sind ein paar kleiner kleiner bluthungrigen Wasserwanzen!“

Auch eine Fischerflotte war zu sehen. Sie braute heran wie ein Schwarm ausgewachsener Röhren, und ihre Segel lagen so tief, daß sie beinahe das Wasser berührten.

Der Däne und der Russe näherten sich.

„Das ist ein trübendes Land!“ sagte der Däne. Er kniff die Augen zusammen und toltete das Land ab.

Der Belgier tat dasselbe. „Deswegen haben auch keine Fahren darauf!“ sagte er.

Der Däne drehte sich um und sah ihm in die Augen.

„Da sind doch aber Häuser!“ sagte er. „Stehen Sie leer?“

„Das sind Häuser!“ antwortete der Belgier. „Darin wohnen die englischen Grafen und die englischen Lords.“

„Grafen?“ Der Däne dachte eine Weile nach. „Und denen gehört die ganze Küste? Die fette Weide? Der hohe Wald?“

„Alles!“ Der Belgier nickte mit dem Kopfe.

„Wo sitzen denn dann die Bauern in diesem England?“ Der Däne kam näher und lehnte sich an den Belgier heran.

„Dahinter!“ sagte er. „Der Bauer kommt überall erst nach dem Grafen!“

„Ja!“ sagte der Russe. „In Rußland war es früher ebenso. Ich er lachte leicht. „noch viel schlechter! Alles gehörte dem Herrn. Dem Bauer gehörten nur die Steine. Die Steppe. Ein mageres, dürres Ackerchen. Ein winziges Ackerchen.“ Er breitete seine Arme aus. „So groß! Es langte kaum für eine Kuh!“

Der Däne tat erstaunt. „Ihr habt aber leben müssen!“ sagte er.

„O!“ der Russe hob seinen Kopf. „wir waren doch Knechte! Jeder arbeitete, bevor er auf sein Ackerchen ging, auf dem Herrenland. Es gab nicht viel dafür. Etwas Weizen. Ein paar Kartoffeln. Die meisten von uns hungerten auch immer!“

Der Däne machte große Augen und schüttelte sich. „Das habt ihr euch gefallen lassen?“ sagte er.

Der Russe nickte. „Was sollten wir tun?“ antwortete er leicht. „Mit den Herren war das Recht. Auch der Richter. Wer den Mund aufst, wurde geprügelt!“

Der Däne hemmte sich in die Höhe. Er sah den Russen verächtlich von oben bis unten an. „Ich hätte viele Hände wieder geprügelt!“ trübte er.

„Du!“ riefte der Belgier laut. Er lachte auf und ließ den Dänen in die Seite.

Der Däne lachte genau so. „Du bist ja ein recht tapferes Bauerlein!“ sagte er. „Wo kommt du eigentlich her?“

„Aus Kanada!“ rief der Däne stolz. „Dort ist jeder Bauer ein tapferer Kerl!“

„Du bist aber doch ein Holländer!“ sagte der Däne.

„Ja!“ Aus der Gegend von Haarlem! Ich bin vor sieben Jahren ausgewandert!“

Der Däne schielte ihn prüfend an. „War dir Holland nicht groß genug, daß du fortgelaufen bist?“ fragte er. „Oder war dir die Erde in Haarlem zu mager?“

Der Däne verstand den Dänen nicht. „Wir waren vier Brüder!“ sagte er. „Die Wirtschaft war für alle zu klein. Drei von uns mußten also auswandern. Ich bin nach Kanada gegangen!“

Der Däne fragte weiter. „Nach Kanada?“ wiederholte er erst. „Die Acker und Wälder hingen dir also in Holland zu hoch?“

„Ja!“ antwortete der Däne. „Sie sind zu teuer. Außerdem treffen uns die reichen Städte das beste Land weg. Sie machen sich Parks, Gärten, große Anlagen. Für uns bleibt nur die Heide und das Land am Wasser, das immer überflutet wird!“

Der Däne und der Belgier lachten laut. Auch der Russe lachte eine Weile mit.

„Du bist wirklich tapfer!“ spottete der Däne danach. „Du spudst dieses dicke Föhren nach einem armen zufälligen Bruder, der sich von seinen Herren verpöbeln läßt, und er selber springt von seinen reichen Manneers, die ihn in die Heide und in das Wasser legen wollen bis nach Kanada!“

„Das ist immer so!“ sagte der Belgier. „Den Stief, mit dem der andere gedroschen wird, den leben wir, und den, der uns selber auf dem Fußel herummannt, den leugnen wir so lange ab, bis wir darunter zusammenbrechen!“

Der Däne hatte einen roten Kopf bekommen. „In Kanada geht es uns aber besser!“ sagte er schnell. „Ich habe ein großes Ackerchen. Viel Land Weide, Mais! Weizen! Sieben Kühe!“

„Ich habe auch jedes Jahr eine gute Ernte!“

„Unfass!“ spottete der Däne. „Dem Bauer geht es überall schlecht. Genau so schlecht wie dem Arbeiter. Du bist dein ganzes Leben auf dem Acker und schuftest wie ein Tier, und wenn das Acker fett ist oder Gewinn abwirft, dann wird es dir einfach weggenommen!“

„O!“ riefte der Däne. „In Kanada ist niemand, der mir das Land wieder abnimmt!“

Der Däne spottete weiter. „Heute noch nicht!“ sagte er spöttisch. „Der es dir aber einmal abnehmen wird, der kommt schon! Kanada liegt nicht aus der Welt, und deine Manneers haben Hände, die reichen um die ganze Erde!“

„Bel!“ sagte der Belgier, und er ließ den Dänen das zweite mal in die Seite. „So lange mußt du gar nicht warten. Die großen Banker über der Grenze haben schon lange ein Auge auf dich geworfen, und wenn sie ihren armen Farmern den letzten Döbeln gepfändet haben, kommen sie über die Seen und spannen dir auch die deinetigen aus!“

„Aun Sie das?“ fragte der Däne ängstlich.

„Und wie gern!“ antwortete der Belgier. „In den Staaten pfländen Sie bereits, jedes Jahr einige hunderttausend! Sie setzen Sie auf die Straße oder machen Sie zu ihren Vätern und Knechten, und die armen Kerle laufen herum wie Kühe, die ihren Stall verloren haben!“

(Kontinuation folgt.)

Unmittelbare Bekanntmachungen

Sitzung der Stadtkommission am Donnerstag den 10. Mai 1928 um 19 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses. Die Tagesordnung hängt am Rathaus, am Brand-Erbisdorf, am 8. Mai 1928.

Fahrmart in Dohna

Donnerstag und Freitag, den 17. und 18. Mai 1928

Ein Weg nach Brand-Erbisdorf lohnt beim Einkauf von

Schuhwaren aller Art

nur bei **Oskar Gretzschel, Brand-Erbisdorf** Fernruf 66. Ago, die feine Reparatur

Erstklassige Biere
Bieren bei Hand und Kanne
Erstklassig
Pilsener
Alle Preisdauer Straße

Wol
ist das beliebteste Bier- und Speisefutur
Immer im
Bitterstiller
Balkenhausstraße 26
Tägliche stündliche
Mittagsbede von
12 bis 13 Uhr

Wenn's niemand macht!
Oswald Machts!
Hauptlager:
Kaulbachstraße 31, I. Etg.
Ecke Plintzer Straße
Möbel
aller Art
Große Auswahl Billige Preise!
Günstige Zahlungsbedingungen!

Bei Einkäufen
sucht die Hausfrau in
dem Inserenten
Arbeiterstimme
bevorzugt
die preiswerten An-
gebote in derselben
und kauft grundst-
lich nur bei
den Inserenten

Empfehle Fleisch-
und Wurstwaren
zu soliden Preisen.
Jeden Donnerstag
SCHLACHTFEST
G. Fackner, Meißner,
Kath. Marktstr. 8.

Fahrradhaus Kurt Frömme Zeh'stla
Herren- u. Damen-Fahrräder
Tezahlung gestattet
Reparaturen werden billigst ausgeführt

Chabeso
das alkoholfreie, milchsäurehaltige
Vollkornbrot für Sport und Tafel!
Verlangt überall Chabeso

H | Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ostsachsen | H

PREITAL-DEBBEN	PREITAL-FÜRGK	HEIDENAU	NIEDERSEDLITZ	KLEIN-NAUNDORF	PREITAL-DEBBEN	BRAND-ERBISDORF	OTTENDORF-GRILLA
<p>Paula Göttsch, Obere Dresden Str. 82 Manufakturwaren und Spielzeug 63018</p> <p>War Schubert, Wollwaren-Haus Preital-Deuben, Obere Dresden Str. 91 63014</p> <p>Feine Fleisch- und Wurstwaren Obere Dresden Str. 123 63018</p> <p>Wäsche und Schokoladengeschäft Marion Braune, Obere Dresden Str. 112 63017</p> <p>Lehmann's Rind- u. Schweineschlächterei Fabrik former Wurstwaren, Güterstraße 1 63018</p>	<p>Richard Lempa, Spezialgeschäft in Leinwand, Zigaretten und Tabakwaren, Preital-Borsch, Königsstraße 3 63018</p> <p>Weiße und Feinbäckerei MAX LIPPOLDT Zentraler Straße 8 63018</p> <p>Kolonialwaren- u. Butterhandlung Theodor Gärtner, Zentrale Str. 146 63018</p> <p>Tafelbänke im Kautschuckhandel Kaufmanns- u. Tischwaren- u. Tischwaren- handlung, Lindenstr. 15 / Uhr-Wirt, Otto-Nitzsche 63018</p> <p>Kaffee-, Tee- und Schokoladengeschäft Marie Mitschke, Bäcker Straße 3 63018</p>	<p>Wollhaus Wäzler, Biomarktstraße 9 Schäufeln / Blatten 63018</p> <p>Stodemetzenhaus Otto Schmidt Helmstraße 11 63018</p> <p>Bahrdörfer / Nähmaschinen Bernhard Wilmke, Körnerstraße 58 63018</p> <p>10 ins-Drogaria und Photochemie Christoph Gunkel, Körnerstr. 46 63018</p> <p>Strahburger Outfitter Das Spezialgeschäft für alle Herren- bedarfartikel - Männermode 63018</p> <p>Rats-Drogaria, Leber, Rohland Ulrich, Parmer, Chemiker, Sämereien, Weine, Linsen, Pharm. Kaufmanns- u. Tischwaren- u. Tischwaren- handlung, Lindenstr. 15 / Uhr-Wirt, Otto-Nitzsche 63018</p>	<p>Max Schräger, Bahnhöfstr. 7 Kartens-, Leder- und Seilen- Spezialhaus 63018</p> <p>Elektro-, Holz- und Röhren- Handlung Herrn- u. Damen- u. Herren- u. Damen- bedarfartikel - Männermode 63018</p> <p>Schwarz- und Lederhandlung Oskar Weide Graben- und Lederhandlung, Lindenstr. 2 63018</p>	<p>Hermann Meinhardt, Inh. Jos. Wolf, Haupt- straße 11 / Feine Damen- u. Herren- u. Damen- bedarfartikel - Männermode 63018</p> <p>Lindners Restaurant Inhaber: Max Lindner - Neue Bewirtung Günstige Preise / Kaffee- und warme Speisen zu jeder Tageszeit / Feine Fleisch- u. Wurst- waren 63018</p> <p>Richard Albrecht's Bäckerei Inhaber: Paul Göttsch, Dresden Str. 63 Spezialität: Kranzbrötchen Täglich frische Pasteten 63018</p> <p>Erhard Hanel, Dresden Str. 74 Damen- und Herrenreife 63018</p>	<p>Sparkasse und Stadtbank Brand-Erbisdorf Zeitgemäße Zinsen / Hypothekenvermittlung Gebührentreier Überweisungsverkehr nach allen Orten Deutschlands / Vermittlung aller sonstigen Bankgeschäfte 63018</p> <p>Städt. Elektrizitätswerk Brand-Erbisdorf Eigene Installation Reichhalt. Artikellager Billigste Preise 63018</p> <p>Biergroßhandlung und Fabrik alkoholfreier Getränke Franz Trexler, Fährstr. 137 empfehlen alle Werkstätten, Feind- u. Feind- Dresdner Feldsch-Bäckerei 63018</p> <p>Anna Drechsler, Hauptstraße 187 Schokoladenhaus 63017</p> <p>Paul Grelmann Grün- und Fischwarengeschäft Hauptstraße 89 63018</p>	<p>Kurt Wiltig, Radeburger Straße 38 Porzellan- und Lebensmittelwaren 63018</p> <p>H. Schulze, Radeburger Straße 68 Fahrräder, Nähmaschinen, Schneemaschinen 63018</p> <p>Frieda Höhne, Radeburger Str. 72 Kolonial- und Grünwaren 63018</p> <p>Kauf bei OSKAR JOHNE Radeburger Str. 70 63111</p> <p>Eugen Martin Dresdner Str. 7 - Besonders billig in Textilwaren und Trikotagen 63018</p> <p>LAUSA-WEIDORF Leichtwirtschaft Schauf- und Speisefutur Kurt Großhämig und Frau 63018</p> <p>Arthur Döpp, Bäckerei Hauptstraße 10 63018</p> <p>KONIGSBRECK I. SA. Restaurant Heinrichsbad Badweg 52c 63018</p> <p>GASTHOF STENZ Größter Saal der Umgebung Vereinszimmer / Kegelbahn 63018</p> <p>Edwin Hoyer, Inh. Weiß Feinbäckerei 63018</p> <p>Lebensmittelhaus W. Rimpler Großenhauer Straße 63018</p> <p>Oswirtschaft und Fleischerei WILLY GRUNDMANN Schloßstraße 6 63018</p> <p>Hermann Schmidt Juden Straße Hauschlachten Ab 11 Uhr Wellfleisch, 4 Uhr in Wurstwaren 63018</p> <p>Albin Herklotz Fleischerei, Weißbäcker Straße 29 63018</p> <p>Molkerei Hermann Tautmann Poststraße 114 63018</p>	
<p>Alte Zeilbig, Hermann-Heying-Straße 127b Feine Fleisch- und Wurstwaren 63018</p> <p>Gasthof Stadt Dresden / Ratschächerei Gew. Göttsch, Oberstraße 88 63018</p> <p>Schuhwarenhaus Wnd. Wülfel Schuhwaren u. -Reparatur 63018</p> <p>Spezialgeschäft für Rauchwaren Martha von Weber, Hauptstraße 63 63018</p>	<p>Kurt Schumann Kolonial- und Grünwaren 63018</p> <p>DIPOLDISWALDE Herrmann Voigt, Geoplatz 213 Bieren- und Kautschuckhandlung, Fahrräder, Nähmaschinen, Musikwerke 63018</p> <p>Feldscherei Karl Kröner Markt 63018</p> <p>Kurt Schreiber Hauptstraße 5 63018</p> <p>Kohle u. Holz Roch, Zimmermann Hauptstraße 263 63018</p>	<p>Unterer Bahnhof Vedwig Bürozimmer u. Raum für alle Branchen 63018</p> <p>Kolonialwaren, Tabakwaren, Weine Alfred Meißner, Poststraße 116 63018</p> <p>Feine Fleisch- und Wurstwaren Beim Lieber im ob. Markt, Gumboldtstr. 22 63018</p>	<p>Restaurations- und Fleischerei ERNST ULLRICH, Nr. 29 63018</p> <p>Max Weidelt Brot- und Weiß- bäckerei Nr. 20 63018</p> <p>Gasthof zur Feldschenke Hält sich zur Finkeln bestens ein- geleitet Rich. Model und Frau 63018</p> <p>Max Gärtner Sekt- u. Post- waren 63018</p>	<p>Restaurations- und Fleischerei ERNST ULLRICH, Nr. 29 63018</p> <p>Max Weidelt Brot- und Weiß- bäckerei Nr. 20 63018</p> <p>Gasthof zur Feldschenke Hält sich zur Finkeln bestens ein- geleitet Rich. Model und Frau 63018</p> <p>Max Gärtner Sekt- u. Post- waren 63018</p>	<p>Restaurations- und Fleischerei ERNST ULLRICH, Nr. 29 63018</p> <p>Max Weidelt Brot- und Weiß- bäckerei Nr. 20 63018</p> <p>Gasthof zur Feldschenke Hält sich zur Finkeln bestens ein- geleitet Rich. Model und Frau 63018</p> <p>Max Gärtner Sekt- u. Post- waren 63018</p>	<p>Restaurations- und Fleischerei ERNST ULLRICH, Nr. 29 63018</p> <p>Max Weidelt Brot- und Weiß- bäckerei Nr. 20 63018</p> <p>Gasthof zur Feldschenke Hält sich zur Finkeln bestens ein- geleitet Rich. Model und Frau 63018</p> <p>Max Gärtner Sekt- u. Post- waren 63018</p>	<p>Restaurations- und Fleischerei ERNST ULLRICH, Nr. 29 63018</p> <p>Max Weidelt Brot- und Weiß- bäckerei Nr. 20 63018</p> <p>Gasthof zur Feldschenke Hält sich zur Finkeln bestens ein- geleitet Rich. Model und Frau 63018</p> <p>Max Gärtner Sekt- u. Post- waren 63018</p>

Leser, berücksichtigt unsere Inserenten!!!

Hugo Handgen
Holz- u. Kohlenhandl.
Telefon Preital 657
63018

Restaurant zum Fuchsberg
Herren-, Damen- und Kinder-Konfektion
Adolf Weich, Zillauer Straße 22
63018

Willy Virether, Neuoppach 32
Lebensmittel und Grünwaren
63018

Wäsche gut und billig
EMIL WEHRLE
Hauptstraße 7 (an E. April) Preitalstraße 91
63018